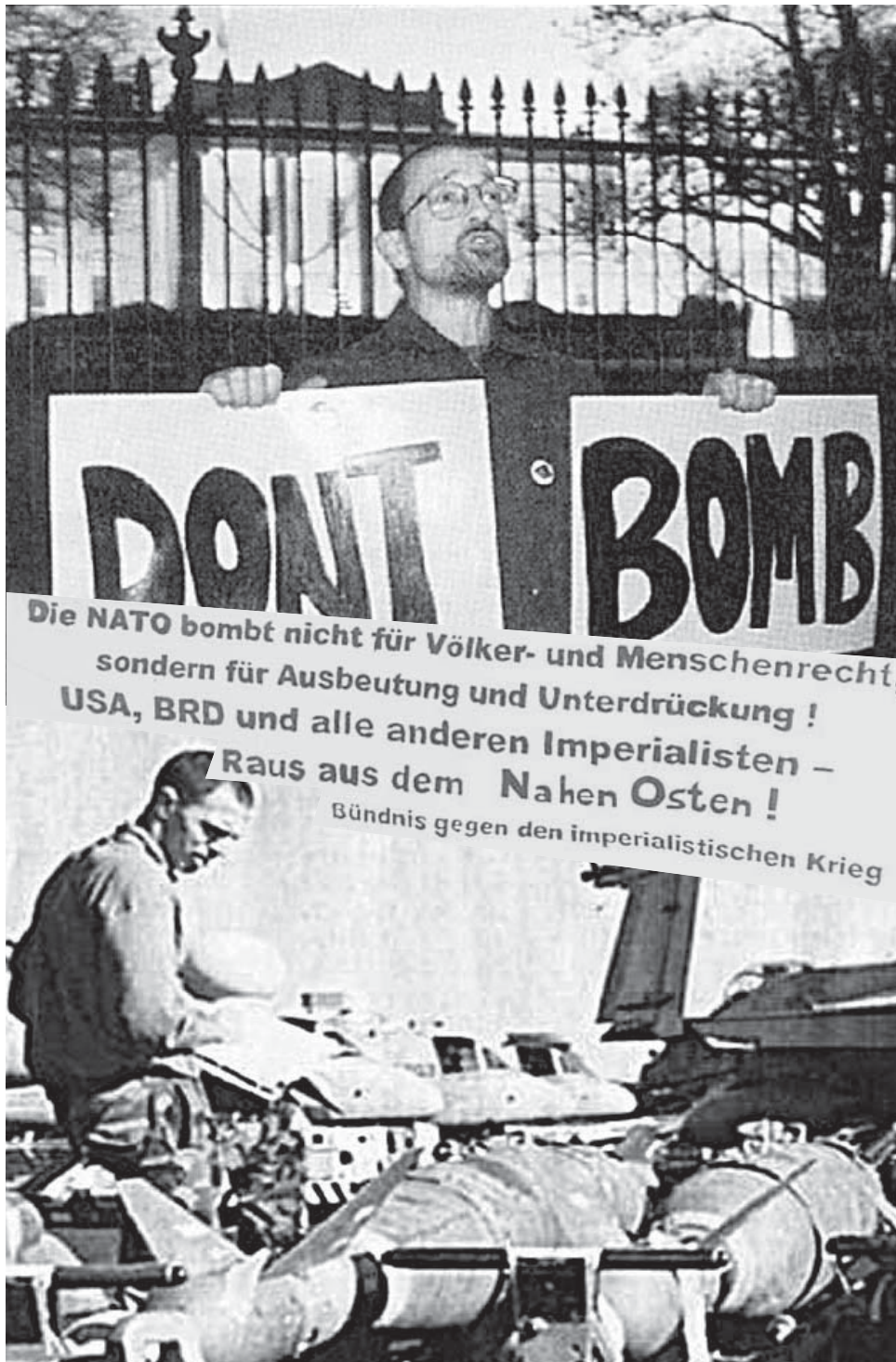


Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



Aktuell aus Politik und Wirtschaft

<i>Aktuell in Bonn</i>	2
Fusionswelle unter europäischen Konzernen	3
Bomben auf Irak: Vom Völkerrecht zum Faustrecht	4
Die Haltung einiger arabischer Länder	6
UN-Ausschuß kritisiert BRD wegen Berufsverbote usw.	7

Auslandsberichterstattung

Kurdistan: Hadep überlegt „Regenbogenkoalition“	8
Palästina: Oppositionstreffen in Damaskus	9
Puerto Rico: Volksabstimmung gegen Anschluß an USA	9
Spanien: Regierung holt ETA- Gefangene aufs Festland	9
Iran: Tödliche Repression gegen Opposition	10
<i>Meldungen</i>	11

Regionales West und Ost

<i>Lokaler Widerstand</i>	12
Hannover: Protest gegen Nazi- Aufmarsch	13
Hamburg: SchülerInnen protestieren	14
Weinheim: „Bedrohung- empfinden“ schüren?	15
Mecklenburg-Vorpommern: PDS-Fraktion beriet mit Bündnis gegen Rechts	16
<i>O-Ton</i>	16
<i>Kommunale Politik</i>	17

Aus Betrieben und Gewerkschaften

<i>Was war?</i>	18
Hafenarbeiter erfolgreich	19
ÖTV: Große Tarifkommission beschließt Forderung	19
Fluglotsen streiken gegen Zwei- klassenbezahlung	20
Neues Entlohnungssystem bei DaimlerChrysler	20

Diskussion und Dokumentation

Verfassungsklage gegen Verbrechensbekämpfungsgesetz ..	21
Linke Winterschule	22
Ex-Diplomaten in Berlin	23

Termine	24
----------------------	----

AKTUELL IN BONN ATOMGESETZ: Die aus dem Umweltministerium verlauteten Einzelheiten zu einer Atomgesetznovelle (wir berichteten) haben die Energiekonzerne zu einer heftigen Intervention bei Kanzler Schröder veranlaßt – mit Erfolg. Nach Vorgesprächen des Wirtschaftsministers trafen sich die Konzernchefs am 14.12. mit Schröder ohne den zuständigen Umweltminister. Danach beschloß das Bundeskabinett, Trittin und Wirtschaftsminister Müller sollten Einvernehmen über „Eckpunkte“ der Atomgesetznovelle vereinbaren. Erst dann soll der Gesetzentwurf ins Kabinett. Danach verlautete in der Presse, Schröder habe mit den Konzernchefs einen Ausstieg aus der Kernenergie in 20 Jahren vereinbart. Nur 2 Atomkraftwerke sollten in den nächsten 4 Jahren abgeschaltet werden. Wichtige Fragen wären selbst bei dieser Regelung noch offen. Zum Beispiel, was mit der Wiederaufarbeitung der abgebrannten Kernelemente geschieht, wie die stillgelegten Kraftwerke entsorgt werden. Werden dafür die enormen Rücklagen der Energiekonzerne, die diese mit der Förderung durch das Atomgesetz bilden konnten, in Anspruch genommen, oder verbleiben diese in den Kassen der Konzerneigner? Aus der Energiewirtschaft kommt schon die Drohung, die Bonner Koalition könne „auseinanderbrechen“.

„KORREKTURGESETZ“: Am 10.12. hat der Bundestag das sog. „Korrekturgesetz“ beschlossen. Damit soll u.a. die „Scheinselbstständigkeit“ gestoppt werden. Als „Scheinselbstständig“ gelten jetzt Personen, die z.B. in der Regel nur für einen Arbeitgeber arbeiten und außer Familienangehörigen keine Arbeitnehmer beschäftigen. Das würde z.B. Firmen wie McDonalds, United Parcels treffen. Solche Personen werden wieder versicherungspflichtig, der Auftraggeber hat die Hälfte der Beiträge zu zahlen. Weitere Neuregelungen im Gesetz sind die Rücknahme der letzten Rentensenkungen der alten Regierung, Kündigungsschutz gilt wieder ab 5 Arbeitnehmer (statt 10), die Lohnfortzahlung beträgt wieder 100%. Wichtig für den Bau: die Befristung des Arbeitnehmer-Entsendungsgesetzes ist abgeschafft, Generalunternehmen haften künftig unmittelbar, wenn ihr Subunternehmer das Gesetz nicht einhält.

GRÜNER LAUSCHANGRIFF: In der grünen Partei scheint die Ablehnung des Lauschangriffs „vorbei“ zu sein. Am 10.12. verkündete der grüne Abgeordnete Özdemir zu einem CDU/CSU-Gesetzentwurf zur Ausweitung des Lauschangriffs auf Fälle von Verdacht des Kindesmißbrauchs, die Koalition wolle erst einmal deren Notwendigkeit „prüfen“. Özdemir wörtlich: „Erst nach Abschluß dieser Prüfungen sind wir bereit, über mögliche Veränderungen des Straftatenkataloges für Telefonüberwachungen – seien es Streichungen, seien es Erweiterungen

– politisch zu entscheiden. Dies gilt auch für Delikte wie Korruption. Aber gerade hier wird der ideologische Charakter des neuerlichen Vorstoßes der CDU/CSU überdeutlich. Während sie sich jahrelang geweigert hat, das von der Fachwelt und von uns immer wieder geforderte bundesweite Korruptionsregister einzuführen, dient die Bekämpfung der Korruption nun der Union als Vorwand, ihr Lieblingskind, den Lauschangriff, auszuweiten. Für uns stellen sich in der Kriminalpolitik folgende Grundfragen: Was sind die am besten geeigneten Mittel zur Bekämpfung bestimmter Kriminalitätsformen und welche Nebenwirkungen haben bestimmte Instrumente der Kriminalpolitik für die Bürgerrechte.“ Die Logik ist eindeutig: Wenn's der „Kriminalitätsbekämpfung“ dient, wird die „Nebenfolge“ der Einschränkung von Bürgerrechten auch von der grünen Fraktion künftig in Kauf genommen.

KONTRA RÜSTUNGSEXPORT? Die grüne Verteidigungssprecherin Angelika Beer hat am 16.12. die Übergabe einer weiteren Fregatte von der Hamburger Werft Blohm+Voss an türkische Militärs kritisiert. Gegen die Lieferung könne die neue Regierung aber angeblich nichts mehr machen. „Die vertraglichen Grundlagen sowie die Genehmigung der Hermes-Bürgschaft für diesen Rüstungsdeal wurden von der alten Bundesregierung getroffen. Die rot-grüne Bundesregierung hat sich darauf geeinigt, keine weitere militärische Ausstattungshilfe zu bewilligen, die Genehmigung für Rüstungsexporte an Menschenrechtsstandards zu binden und sich im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft für eine Verbesserung des Verhaltenskodex für Rüstungsexporte einzusetzen. Vor diesem Hintergrund setzen wir uns dafür ein, daß keine weiteren nationalen Rüstungsprojekte mit der Türkei vereinbart werden.“ Ein EU-weites Verbot von Rüstungsexporten in die Türkei strebt sie nicht an, statt dessen: „Da die nationalen Möglichkeiten aufgrund der NATO-Mitgliedschaft relativ gering sind, wird es nicht gelingen alle Exporte zu verhindern.“

WAS KOMMT DEMNÄCHST? Am 13.1. will das Bundeskabinett die Atomgesetznovelle beraten. Am 16. Januar ist CSU-Parteitag, Stoiber wird Waigels Nachfolger als Parteivorsitzender. Am gleichen Tag beginnt in Berlin der zweitägige PDS-Parteitag. Am 20. Januar berät der Bundestag den Jahresbericht des Sachverständigenrats für 1998/99, einen FDP-Antrag zur Verankerung des Tierschutzes im Grundgesetz, einen Unionsantrag zur Ausweitung der „Gen-Datei“ des BKA sowie PDS-Anträge zur Unterbrechung des Baus der Autobahn A-17. Am 21. Januar steht u.a. ein Gesetz der Grünen zur Neuordnung der 620-DM-Jobs und ein Antrag der Union auf Rückholung von Stasi-Akten aus den USA auf der Tagesordnung.

Vorbereitungen der Konzerne auf „Euroland“

Im Vorfeld des Inkrafttretens der Währungsunion – ab 1.1.99 stehen die Paritäten der europäischen Währungen, die sich an der Währungsunion beteiligen, unverrückbar fest – und sechs Monate vor den nächsten EU-Wahlen haben insbesondere die deutschen Konzerne, aber auch andere Konzerne in der EU ihre Fusionsbestrebungen sichtbar beschleunigt.

Schon vor Monaten hatte der VW-Konzern mit dem Kauf mehrerer Nobelmarken ein Signal für die weitere Verschärfung des Konkurrenzkampfes auf dem Automobilmarkt gegeben. Ende November folgte dann die Nachricht über ein Rekord-Investitionsprogramm des Konzerns: über 50 Milliarden DM sollen in den nächsten fünf Jahren in den Ausbau der Produktion, vor allem aber in weitere Rationalisierungen investiert werden. Ebenfalls bereits vor Monaten hatten die Dresdner Bank und die Allianz ihre Beteiligungen an Banken und Versicherungen in anderen EU-Staaten ausgebaut, um künftig europaweit schneller und mit größeren Kapitalmassen auftreten zu können.

Die Fusion Thyssen-Krupp ist inzwischen perfekt. Jetzt verlautet, Thyssen wolle auch im Stahlhandel weitere Einkäufe tätigen. Damit entstünde der EU-weit größte Produktions- und -Handelskonzern im gesamten Stahlbereich.

Auch in anderen Bereichen läuft die Fusionswelle. Nach mehreren Pharmafusionen verkündete der Hoechst-Konzern Anfang Dezember die Fusion mit der französischen Rhone-Poulenc-Gruppe zu einer neuen Gruppe namens „Aventis“. Der Pharma- und Landwirtschaftsbereich beider Konzerne wird zu einer neuen Gruppe mit Sitz in Straßburg zusammengeschlossen. Die alten Hoechst-Eigner werden die Mehrheit am neuen Konzern haben. Die Pharma-Aktivitäten sollen von Aventis Pharma in Frankfurt gesteuert werden, die Agrargeschäfte von Aventis Agro in Lyon. Mit der Fusion entsteht der (dem Umsatz nach) drittgrößte Pharmakonzern der Welt, knapp hinter der US-Gruppe Merck und der britischen Glaxo-Gruppe, und einer der größten Agro-Konzerne in der EU, der sicher auch bei der Formulierung der EU-Agrarpolitik ein gewichtiges Wort mitreden wird.

Ebenfalls im Chemiebereich, aber auch in den Geschäftsfeldern Aluminium-Verpackung-Energie-Telekommunikation hatte kurz vor der Nachricht über die Bildung der „Aventis“-Gruppe bereits der bayerische VIAG-Konzern die Fusion mit der Schweizer Alusuisse-Gruppe bekanntgegeben.

Ein ähnlich „kontinentales“ Geschäft meldete dann kurz vor Weihnachten die Essener Ruhrgas-Gruppe. Für knapp 1,1

Milliarden DM kaufte sich der Konzern einen Anteil von 2,5% am russischen Gazprom-Konzern, ohnehin sein größter Zulieferer, und baute damit seine Vormachtstellung im zentraleuropäischen Gasgeschäft weiter aus. Der Anteil an Gazprom soll schon bald auf 4 Prozent steigen. Die deutsch-russische Konzernallianz im Energiegeschäft strahlt offenbar auch kräftig auf die Politik aus. Wie man aus dem Bundeskabinett hört, soll dort der Ausbau der Beziehungen mit Russland ein Schwerpunkt der nächsten EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 1999 sein.

Auch im Post- und Logistikbereich steigt der Fusionsdruck. Die noch immer zu 100% in Bundesbesitz befindliche, aber schon lange privatwirtschaftlich agierende Post AG erwarb die Danzas-Gruppe, um ihre Marktmacht im Logistik- und Transportposition auszubauen. Kurz darauf verlautete, die niederländische TNT Postdienst-Gruppe (13,6 Mrd. DM Umsatz) dränge ins deutsche Postgeschäft.

Auch im Rüstungsbereich und in der Luftfahrtindustrie stehen weitere Fusionen bevor. In der Presse ist – nachdem die Umstellung der Airbus-Gruppe zu einem EU-weit agierenden Luft- und Rüstungskonzern offenbar nicht vorankommt – sowohl von einer Fusion der britischen General Electric-Rüstungsbereiche mit British Aerospace wie auch von einer Fusion der DASA mit British Aerospace die Rede. In beiden Fällen entstünde der größte Luft- und Weltraumrüstungskonzern in der EU.

Fusionsberichte kommen schließlich aus der Luftfahrt und aus der Tourismusbranche. Kurz nach dem Erwerb der LTU-Tourismusgruppe durch die Swissair meldete die Preussag AG den Erwerb der Mehrheit an der britischen First und der Thomas-Cook-Gruppe. Zusammen mit der Westdeutschen Landesbank, die als Großaktionär bei Preussag die Fäden zieht, entsteht so der größte Tourismus-Konzern in Europa mit einem Umsatz von 18 Milliarden DM.

Im Telekommunikationsbereich schließlich wird das Jahr 1999 schon jetzt als das „Jahr der Fusionen“ angekündigt.

Nicht Ausdehnung der Beschäftigung, sondern Marktmacht

Allen diesen Fusionen gemeinsam ist die Absicht der Konzerne, bei im wesentlichen stagnierenden Produktionszahlen – auch das Exportgeschäft nach Asien lässt in letzter Zeit deutlich nach – eine größere Marktmacht zu erreichen, möglichst sogar eine Monopolstellung. Dementsprechend ist auch überall nicht von einer Ausweitung der Beschäftigung die Rede, sondern von weiterem Personalab-

bau, weiterer Rationalisierung, weiterer Verdichtung der Arbeitsprozesse.

Renditensteigerung durch Monopolprofite auf dem EU-Markt ist die Devise. Niederwerfung von Konkurrenten, Kontrolle der Absatz- und Vermarktungswege und schnelle Mobilisierung großer Kapitalmassen, um in evtl. neuen Geschäftsfeldern Extraprofite zu machen, ist die Devise.

Entsprechend groß war der Protest der Konzernvertreter, als es nach den Bundestagswahlen eine Zeitlang schien, als wolle Finanzminister Lafontaine ihre riesigen konzerninternen „Kriegskassen“ der Steuer unterwerfen. Inzwischen steht fest, daß diese Milliarden-Reserven unangetastet bleiben, Verlustvor- und rückträge weitgehend unverändert bleiben usw. Also hat sich auch die Aufregung wieder gelegt.

Auch die Aktien- und Finanzmärkte bereiten sich auf eine solche industrielle Entwicklung im Gefolge der EURO-Einführung vor. Die Präsidenten von neun europäischen Börsen trafen sich schon Ende November, um einen „paneuropäischen Markt“ auch an den Börsen vorzubereiten, damit die für die industrielle Geschäftsentwicklung erforderlichen Kapitalflüsse und die Vergleichbarkeit der Konzernrenditen für die Anleger ebenfalls kontinentalweit erleichtert werden. Statt der abendlichen Nachrichten über die Kursentwicklung des „DAX“ (Deutscher Aktienindex) werden schon bald Nachrichten über die Kursentwicklung beim europäischen Aktienindex „STOXX“ über die Bildschirme flimmern. Der Stoxx-Index wird gebildet aus den gewichteten Kursen von 50 großen Aktienkonzernen in Europa, darunter auch zehn der größten bundesdeutschen Konzerne.

„Euroland“ als Heimatmarkt, um den Weltmarkt zu erobern

Größter Konzern der EU wird deshalb in Zukunft die DaimlerChrysler-Gruppe sein. Die EU als „Heimatmarkt“, um den US-Markt zu erobern – dieser Devise folgen auch andere Konzerne. Bayer, Hoechst, Telekom und andere Konzerne drängen deshalb auch auf den US-Aktienmarkt, um sich dort billiges Geld und Informationen über neue Geschäftsfelder zu beschaffen. Kurz nach Abschluß der Fusion DaimlerChrysler erwarb die Deutsche Bank den US-Konzern Bankers Trust und stieg damit zur weltgrößten Bank auf. Man folge damit der Industriekundschaft und werde auch auf dem US-Markt künftig für alle industriellen und Vermögenstransaktionen zur Verfügung stehen, hieß es lapidar aus dem Vorstand der Deutschen Bank.

Der neue Konzern betreut auf seinen

→ Konten Kundenvermögen von 1 Billion DM bzw. 1.000 Milliarden DM, das Volumen an verwahrten Wertpapieren beträgt sogar 7 Billionen DM. Zum Vergleich: Das Bruttoinlandprodukt der BRD dürfte dieses Jahr etwa 3.700 Milliarden DM erreichen, also etwa die Hälfte des Betrags, den die Deutsche Bank-Gruppe an Wertpapieren verwaltet, die gesamten Staatsschulden von Bund, Ländern und Kommunen erreichen zum Jahresende etwa 2.300 Milliarden DM – ein Drittel der von der Deutschen Bank verwalteten Vermögen.

In der EU zeichnet sich durch die anhaltende Fusionswelle schon das nächste politische Thema ab: Zur Angleichung der Konkurrenzbedingungen müssen die Steuersysteme „harmonisiert“ werden. Lafontaine hat dafür schon erste Erklärungen abgegeben, vor allem die „Steueroasen“ müssten abgeschafft werden, fordert er. Eine aus hochrangigen Konzernvertretern bestückte Arbeitsgruppe hat im Finanzministerium dieser Tage ihre Arbeit zur Vorbereitung der „Reform der Unternehmensbesteuerung“ aufgenommen.

Auch die ab 1. Januar den Euro-Markt leitende Europäische Zentralbank hat schon eine Richtung ihrer Arbeit erkennen lassen. Nach ihrer kürzlichen Senkung der Zentralbankzinsen, die die Kapitalaufnahme für die Konzerne weiter verbilligte, verkündete nun ein Sprecher der Bank, man werde den „europäischen Leistungsbilanzüberschuss“ gegen alle Angriffe von innen und außen verteidigen. „Leistungsbilanzüberschuss“ bedeutet: Aus dem künftigen „Euroland“ sollen auch in Zukunft mehr Waren und Dienstleistungen ins Ausland verkauft werden, als im Ausland eingekauft werden. Die Position der EURO-Länder als weltweite Gläubiger soll also weiter gefestigt werden, weiteres Kapital nach Europa gelockt werden. Diese weltweite Gläubigerposition der EU soll vermutlich auch dazu dienen, um die Stellung der EU-Konzerne im Rohstoffgeschäft weiter auszubauen. Der Ruhrgas-Gazprom-Deal wird nicht das letzte große Rohstoffgeschäft europäischer Konzerne in Osteuropa und im Mittleren Osten gewesen sein. Auch der Kaukasus, der ferne Osten und Afrika „locken“.

EU-weite Konzerne entstehen – und was machen die Gewerkschaften?

Sechs Monate vor den nächsten EU-Wahlen steht auf jeden Fall schon fest: Der Aufbau riesiger Konzerne und Kapitalgruppen, die in dem künftigen „Euroland“ kontinentalweit agieren können und wollen, wird durch die Einführung des Euro enorm beschleunigt. Die Gewerkschaften werden sich erheblich anstrengen müssen und ihre Zusammenarbeit rasch ausbauen müssen, wenn sie nicht wieder einmal hoffnungslos ins Hintertreffen geraten wollen. *rül*
Quellen: Handelsblatt-Ausgaben seit Mitte November 1998



Bomben und Raketen als „Weihnachtsgrüße“. Ältere kennen diesen mörderischen Zynismus noch aus der Zeit des Vietnamkriegs. Foto aus: „Tagesspiegel“, 19.12.98.

US-Bomben und britische Bomben auf den Irak

Vom Völkerrecht zum Faustrecht

Die US- und britischen Bombenangriffe auf den Irak haben zwar zu Protesten geführt. Aber die Beteiligung an den Aktionen war deutlich geringer als zu Zeiten des Golfkriegs. Das deutet auf eine beunruhigende Entwicklung in der öffentlichen Meinung hin. Militärische Interventionen und Gewalt des angeblich „zivilisierten“ Westens gegen angeblich „unbotmäßige“ Staaten oder Völker (Serben, Kurden, Milosevic, Gaddafi, Saddam u.a.) scheinen zur geduldeten „Normalität“ in den imperialistischen Metropolen zu werden.

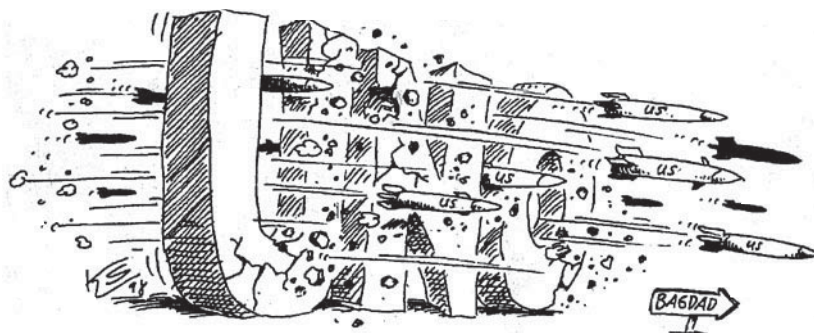
Ob dies der Propaganda der USA und anderer Teilnehmer, der Krieg werde nur wenige Tage dauern, geschuldet war, oder der jahrelangen Beeinflussung der Öffentlichkeit, die die Welt immer mehr in „gute, zivilisierte“ Staaten des Nordens und „Schurkenstaaten“ des Ostens und des Südens dieser Welt einteilt, ist dabei unerheblich. Beides läuft auf die Duldung militärischer Gewalt der „starken“ Staaten dieser Welt gegen die Schwachen hinaus.

Dabei ist der beispiellose Affront der USA und der britischen Regierung gegen die Grundsätze der UNO äußerst beunruhigend. Zumal er nicht der einzige Bruch von klaren Grundsätzen des Völ-

kerrechts in letzter Zeit ist. Der immer noch anhaltende Völkermord an den Kurden ist seit Jahren ein solcher Bruch, den die gesamte NATO billigt und bei dem sie mit Waffen und Geld Beihilfe leistet. Die türkischen Überfälle auf die südkurdische „UN-Schutzzone“, die noch nicht einmal den UN-Sicherheitsrat, dessen eigene Beschlüsse damit zur Farce gemacht wurden, zu Protesten veranlassten, waren ein weiteres Beispiel der jüngeren Zeit.

Die Intervention der NATO im Kosovo geschah ebenfalls unter Bruch des Völkerrechts und wurde im Bundestag nicht nur von den alten Regierungsparteien CDU/CSU und FDP, sondern auch von SPD und Grünen gebilligt.

Diese von starken Kräften in den imperialistischen Metropolen betriebene Entwicklung ist sehr beunruhigend. Man mag vom Völkerrecht halten, was man will – besser als das Faustrecht ist es allemal. Auf die Auflösung des Völkerbundes folgte der zweite imperialistische Weltkrieg. Es bedurfte ungeheurer Opfer und Anstrengungen der Anti-Hitler-Koalition, um die faschistische Politik des Faustrechts und des Völkermords zu schlagen und die UN-Konventionen und die Satzung der UNO zu errichten, die



Karikatur aus: „Tagesspiegel“, Berlin, 19.12.98

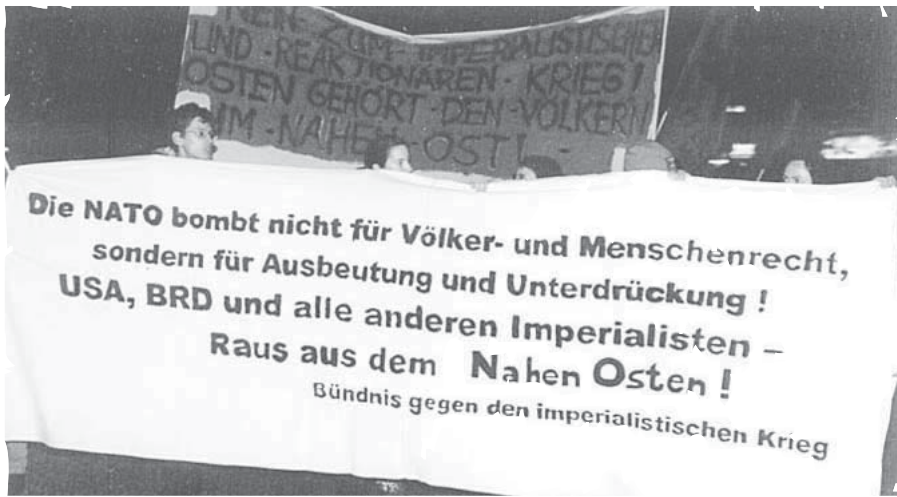


Bild oben links: Hamburg, 17.12. / Rechts oben: Berlin, am gleichen Tag, vor der US-Botschaft / Unten: Protest in Washington

nun von seiten der USA, von britischer Seite und auch von deutscher (siehe Kosovo, siehe auch die deutsche Kurdenpolitik) wieder mit Füßen getreten werden.

Um so wichtiger war deshalb in den letzten Tagen, daß in zahlreichen Städten zwar kleine, aber doch sichtbare Protestaktionen gegen die Bombenangriffe auf den Irak stattfanden.

Nach Berichten fanden gleich am ersten Tag nach den Angriffen, am Donnerstag, den 17. Dezember, in Hamburg, Bochum, Duisburg, Düsseldorf, Münster, Tübingen, Bonn, Frankfurt/Main, Heidelberg, Freiburg, Mülheim und anderen Städten öffentliche Kundgebungen und Proteste gegen die Angriffe statt. In Hamburg beteiligten sich dabei zwischen 200 und 400 Personen, in Berlin ca. 200.

Am Samstag, den 19. Dezember, fanden dann weitere Aktionen statt. In Berlin schwanken die Teilnehmerzahlen zwischen „mehreren hundert“ und 2.000 Menschen, die sich auf dem Alexanderplatz versammelten. In München nahmen nach Presseberichten 150 Menschen an einer Kundgebung vor dem US-Konsulat teil, in Tübingen ca. 200, in Erfurt etwa 100. In Potsdam fand am 20. Dezember, nach Abschluß der Angriffe, noch eine Kundgebung vor dem Deserteursdenkmal statt, an der sich ebenfalls ca. 100 Menschen beteiligten.

Hier Fotos und ein paar Protesterklierungen gegen die Bombenangriffe auf den Irak aus der Friedensbewegung. (rül)

IPPNW verurteilt den Anschlag auf Irak

Berlin, 17.12.98. Die deutsche Sektion der internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) ist empört über die Bombardierung Bagdads durch US Cruise Raketen in der vergangenen Nacht. Berichte aus dem Irak sprechen von „Dutzenden von Verletzten“. Der Tod von zwei Menschen wurde bestätigt; nach Ansicht irakischer Ärzte muss mit mehr Todesopfern gerechnet werden. (...) Die Ärztesvereinigung kritisiert den Anschlag auf Zivilisten, die an der angeblichen Herstellung von Massenvernichtungswaffen durch Saddam Husseins Regime offensichtlich unschul-



dig sind. Meldungen aus dem Irak berichten von Explosionen in Wohngebieten. Dies, so die IPPNW, steht im Widerspruch zu Behauptungen der USA, die Mission diene ausschließlich der Zerstörung von chemischen Waffen und militärischen Anlagen des Irak.

Berichte aus London deuten daraufhin, dass die Bombardierung fortgesetzt wird und dass die Briten ihre Tornados einsetzen wollen. „Wir können damit rechnen, dass Präsident Clinton erst mit der Strafaktion aufhört, wenn er seine innenpolitischen Ziele erreicht hat“, sagte Xanthe Hall, Kampagnenleiterin der IPPNW.

Die IPPNW teilt das tiefe Bedauern Kofi Annans über den Anschlag und unterstreicht die Aussage Frankreichs, dass er für die Bevölkerung des Irak gravierende menschliche Folgen habe. Zudem mahnt die IPPNW, dass der Alleingang der USA und Großbritanniens ohne UN-Mandat und gegen den Willen Russlands und Chinas die Autorität der UNO erheblich verletzt. Die IPPNW unterstützt Kofi Annans Aufruf zu „humanitärer Hilfe und heilender Diplomatie“ als Reaktion auf die Krise.

Bundesausschuß Friedensratschlag Kassel: „Faustrecht mit Hightech-Waffen“

Die jüngsten Militärschläge der USA und Großbritanniens gegen den Irak werden von der Friedensbewegung scharf verur-

teilt. Wie der Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag, Dr. Peter Strutynski, erklärte, könne die irakische Behinderung der UN-Waffeninspektoren eine militärische Intervention nicht rechtfertigen. Dazu gebe es kein Mandat des UN-Sicherheitsrats. Die Luftangriffe sind ein völkerrechtswidriger und barbarischer Willkürakt.

Die Behauptungen des US-Verteidigungsministers Cohen und des britischen Premierministers Blair, Bagdad habe immer noch so viele chemische Kampfstoffe, um die Weltbevölkerung mehrfach auszulöschen, entbehrt jeglicher Grundlage. Selbst wenn der Irak noch über einen Rest seines B- und C-Waffenarsenals verfüge, könne er davon militärisch keinen Gebrauch machen, weil ihm die notwendigen Trägersysteme und Startrampen nicht zur Verfügung stehen. Nach Angaben des NATO-nahen wissenschaftlichen Internationalen Instituts für Strategische Studien (IISS) habe der Irak nur noch sechs Startrampen und eine kleine Anzahl irgendwo versteckter (also gar nicht aktivierbarer) Raketen. Nachweislich sind von den ursprünglich 819 Scud Raketen sowjetischen Ursprungs 817 unter Aufsicht von UN-Inspektoren zerstört worden. Internationale Militärexperten gehen schon lange davon aus, dass den Staaten der Golfregion keine militärische Gefahr von Seiten des Irak mehr drohe. ➔

➔ Es ist abwegig, mit den Angriffen auf Irak dessen Diktator Saddam Hussein treffen zu können. Sollten die USA wirklich ein Interesse daran haben, dass sich im Irak etwas ändert, müsste

- das seit acht Jahren wirksame Embargo gegen den Irak gelockert werden, und müssten

- die USA ihr ständiges militärisches Bedrohungspotential in der Golfregion reduzieren.

Denn unter dem Embargo leidet zuerst die Zivilbevölkerung (fehlende Nahrungsmittel, zusammengebrochene Gesundheitsversorgung usw.). Und die militärische Drohkulisse gibt Saddam immer wieder Anlässe, sein eigenes Militärregime im Inneren zu festigen. (...)

Zu befürchten ist, dass die Anmaßung der US-Administration, ohne Rücksicht auf UN-Beschlüsse und das Völkerrecht jederzeit nach eigenem Gutdünken in allen Krisengebieten der Welt militärisch einzugreifen, Schule machen wird. Die im April vorgesehene Neufassung der Strategischen Grundlinien der NATO sieht genau dies vor. Der Welt droht die Rückkehr zum Faustrecht, das allerdings heute mit High-Tech-Waffen ausgestattet ist. Gegen eine solche neue „Weltordnung“ ist breiter Widerstand angesagt.

(Kassel, den 17. Dezember 1998)

Komitee f. Grundrechte und Demokratie: Bomben treffen Menschenrechte und UNO

10.000 Menschen würden sterben, so die Vorabkalkulation der US-Militärs für

den Fall eines Militärangriffs auf den Irak. Am 16. Dezember hat der US-amerikanische Präsident das Vollstreckungsurteil ausgesprochen und den Angriff seiner Streitkräfte befohlen. Bei dieser Dimension spricht man bei anderen Konflikten von Genozid, also von Völkermord. Die nicht zuletzt geopolitisch bestimmte Auseinandersetzung zwischen den USA und dem terroristischen Militärregime in Bagdad wird damit einmal mehr auf dem Rücken der Bevölkerung und deren Menschenrechten ausgetragen. Der Angriff wurde befohlen, obwohl aktuell keine militärische Bedrohung vom Irak ausgeht.

Verteidigungsminister Scharping hat dem Angriff auf den Irak sogleich im Sinne von globaler militärischer Interventionsbereitschaft der reichen Industrieländer zugestimmt. Sinngemäß sagte er, Bagdad sei selbst verantwortlich, wenn das Land jetzt bombardiert werde. Der nächste Schritt ist, so steht zu befürchten, daß sich die neue Bundesregierung, wie weiland die Kohl-Regierung, maßgeblich an den Milliardenkosten der Intervention beteiligt.

Frankreich, das den Angriff ablehnt, sieht sich von seinem wichtigsten europäischen Bündnispartner allein gelassen. Ein Ansatz für eine gemeinsame europäische Friedenspolitik ist blockiert. Muß man das rot-grüne Bündnis, das unter dem Motto, „Außenpolitik ist Friedenspolitik“ antreten wollte, bereits bei der ersten großen Herausforderung frie-

denspolitisch abschreiben?

Der Angriff wurde befohlen, während der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen über ein weiteres Vorgehen im Fall Irak beriet. Auf diese Weise werden die Vereinten Nationen – und damit auch internationales Recht – sabotiert. Die „Arroganz der Macht“, so beschuldigte einst Senator Fulbright während des US-Krieges gegen Vietnam das Weiße Haus, tritt wieder rücksichtslos auf den globalen Plan. Die durch den Bombenangriff auf den Irak gezeigte Selbstherrlichkeit der USA und Großbritanniens sind die Vorwegnahme dessen, was gegenwärtig als neue NATO-Strategie beschlossen werden soll: die eigenen Interessen ohne Rücksicht auf internationales Recht und die Vereinten Nationen durchzusetzen. Die rot-grüne Regierung will auch hier mit von der Partie sein. (...)

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie ruft die Friedensbewegung auf, gegen den neuen Golf-Krieg öffentlich aufzutreten. Es fordert die Bundesregierung auf, sich für die sofortige Beendigung der Angriffe, die Einhaltung der Entscheidungsprozeduren des Weltsicherheitsrates und die strikte Anwendung ziviler politischer Instrumente zur Bewältigung der Irak-Krise einzusetzen, sowie den Ausbau der NATO zur Interventionsmacht für Industriestaaten-Interessen abzulehnen.

Roland Roth (Vorstand des Komitees)
Andreas Buro (Friedenspolitischer Sprecher des Komitees), Köln, 17.12.98

Die Haltung einiger arabischer Länder

Am 18.12. werden in Ramallah, im Westjordanland, drei Radio- und TV-Stationen durch die palästinensische Autonomiebehörde geschlossen. Die Programmleiter wurden zur Polizei gebeten. Der Informationsminister Rabbo gibt sich ahnungslos. Jedoch wird indirekt darauf verwiesen, daß öffentliche Interessen tangiert seien. Diese Radio- bzw. TV-Stationen hatten in den letzten Stunden ihrer legalen Ausstrahlungen über die Luftangriffe der USA auf Bagdad berichtet.

In den palästinensischen Gebieten war es nach dem Beginn der Angriffe zu spontanen Solidaritätsbekundungen für die irakische Bevölkerung gekommen – dies erscheint Arafat unangenehm in seiner gegenwärtigen prekären Situation, in der er sich mehr und mehr auf die Spielchen der israelischen Regierung eingelassen hat.

In fast allen anderen arabischen Ländern wurden die Angriffe ebenfalls einhellig verurteilt. Sowohl der Zeitpunkt wie auch die Motivation werden kritisch hinterfragt. Im Hauptquartier der Islamischen Konferenz – in Saudi-Arabien – erklärten die 52 Länder, erneut sei der Irak Opfer eines verdächtigen An-

schlags geworden. Andererseits hatten u.a. Ägypten, Syrien und Saudi-Arabien bereits im November den Irak gewarnt, daß es „verantwortlich gehalten werden könnte für mögliche Konsequenzen“.

In einigen arabischen Ländern werden lediglich vordergründig Zusammenhänge hergestellt: zwischen Clinton's privaten Affären und der Weltpolizistenrolle der USA. Sie können kein vollständiges und auch nur annähernd fundiertes Bild der Hintergründe liefern. Aber sie geben ein Bild, aus dem „antiwestliche“ Massenbewegungen entstehen. Diese angenommenen Schwäche der Rolle der USA infolge der Lewinsky-Affäre – so wird dort spekuliert – könnte Saddam Hussein jedoch Anlaß gewesen sein, diese auszunutzen. Jedenfalls liess er verschiedene arabische Länder kurz nach den Angriffen informieren, seine Position in dieser neuerlichen Eskalation zu unterstützen. Immer wieder wird dabei auf die unterschiedliche Haltung hingewiesen, die im Gegensatz zur Konfrontation der israelischen Seite an Unterstützung gewährt wird.

Die nach außen deutliche Isolierung der USA und Englands bleibt jedoch eine vorübergehende Erscheinung. Eine derartige Unterstützung arabischer Regierungen für den Irak müßte sich je-

doch auch materiell äußern. Bislang steht jedoch – eingehalten auch von arabischer Seite – das Embargo gegen den Irak. Unterschiedliche Ölinteressen und Export- wie Technologieabhängigkeiten sind hierfür ausschlaggebend.

Die Ausnahme bildet Kuwait: Von hier starteten u.a. Einsatzflugzeuge. Die Regierung forderte die USA zu weiteren Zerstörungen im Irak auf. Truppen und sonstiges Gerät der USA sind nach wie vor in Kuwait stationiert.

Auf der Strasse einiger arabischer Länder ergeben sich andere Bilder. In Kairo wurden mehr als 3.000 Studenten von der Polizei daran gehindert, ihren Protest auszudrücken. In Beirut und in Khartum fanden Proteste auf dem Campus statt. In Amman, im Gazastreifen wurden ebenfalls größere Demonstrationen abgehalten. Selbst vor und in der amerikanischen Botschaft in Damaskus lieferten sich Studenten Auseinandersetzungen mit der Polizei, bei der auch die US-Seite eingriff. Auch in New York gab es – u.a. von der Katholischen Arbeiterbewegung organisiert – Proteste.

Dennoch fällt auf, daß diese im Unterschied zu der Situation 1991 im Umgang keinen Vergleich zulassen – obwohl die gegenwärtige Situation eindeutiger internationale Prinzipien verletzt als zur Zeit des Angriffs auf Kuwait. (mc)

UN-Ausschuß kritisiert die Bundesrepublik

Der UN-Ausschuß für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte fordert von allen Unterzeichnerstaaten des „Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte“ regelmäßige Berichte an über die Verwirklichung der in diesem Pakt festgehaltenen Grund- und Menschenrechte. Im November stand der 3. Bericht der Bundesregierung auf der Tagesordnung des Ausschusses, eingereicht noch von der alten Bundesregierung. Das Ergebnis der Beratung: Herbe Kritik an Berufsverboten, an der Diskriminierung von Flüchtlingen, der Situation der Roma und Sinti, an Studiengebühren, an Armut und Wohnungslosigkeit.

Der in der UNO auch „Sozialpakt“ genannte internationale Pakt ist seit Anfang 1976 in Kraft und bis heute von 129 Staaten unterzeichnet, darunter auch der Bundesrepublik. Die Berichte, die der Ausschuß regelmäßig von den Unterzeichnerstaaten anfordert, sollen die Verwirklichung grundlegender sozialer und Menschenrechte fördern. So müssen die Staaten Auskunft geben über das Ausmaß von Armut und Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Rechte von Frauen, von Flüchtlingen, von Minderheiten, über die Verwirklichung gewerkschaftlicher Rechte wie Tarifrechten, Streikrecht usw.

Die Bundesregierung, vertreten durch das Bundesministerium für Arbeit, hatte zwar einen 127-seitigen Bericht vorgelegt, erntete aber in dem Ausschuß, bestehend aus 18 Sachverständigen aus aller Welt, zu verschiedenen Fragen herbe Kritik. Über die Kritik von Flüchtlingsorganisationen an diesem Bericht hatten wir in der letzten Ausgabe bereits berichtet (PB 25/98, S. 7). Inzwischen liegt das Ergebnis der Ausschußsitzung in englischer Sprache vor. Es enthält unter den Ziffern 13 bis 24 herbe Kritiken an einer Vielzahl von Politikbereichen. Hier Auszüge aus diesen „grundlegenden Bedenken“ des Ausschusses:

„14. Das Komitee stellt fest, daß die Arbeitslosigkeit in Deutschland besonders hoch ist und dabei im Osten zweimal so hoch wie im Westen. Es stellt in diesem Zusammenhang mit Bedauern fest, daß Frauen und Ausländer besonders davon betroffen sind.

15. Das Komitee stellt fest, daß bisher keine Armutsgrenze festgelegt worden ist und die (deutsche) staatliche Seite auch keine Informationen über die davon betroffenen Personen vorgelegt hat.

16. Das Komitee stellt alarmiert fest, daß nur 12 Prozent der öffentlichen Beschäftigten im Wissenschafts- und Technologiebereich der früheren DDR, inkl. Lehrer, Wissenschaftler und Fachkräfte, wieder beschäftigt wurden und daß der Rest ohne Beschäftigung oder angemessene



Zwischen 50.000 und 100.000 Kurden demonstrierten am 19. Dezember in Bonn erneut für das Aufenthaltsrecht des PKK-Vorsitzenden Öcalan in Italien, für die Einberufung einer internationalen Kurdistan-Konferenz und eine politische Lösung der kurdischen Frage. Die türkische und pro-türkische Presse heizt derzeit die Gerüchten die Stimmung an: Zielstrebig wird trotz italienischer Dementis immer wieder verbreitet, Öcalan solle nach Albanien, Pakistan, Südafrika, Libyen usw. abgeschoben werden. Auch soll sich der PKK-Vorsitzende angeblich von seiner eigenen Guerilla distanziert haben. Dabei hat er nur z.T. seit Jahren bekannte innerparteiliche Kritik an Fehlern der Guerilla wiederholt. Die EU-Staaten zögern weiter ... (rül)

sene Kompensation oder einen zufriedenstellenden Pension geblieben ist. Das Komitee befürchtet, daß die Mehrheit der Betroffenen nicht aus fachlichen oder wirtschaftlichen Gründen, sondern aus politischen Gründen entlassen wurde, was ein Verstoß gegen Artikel 2(2) des Abkommens darstellt. Es stellt in diesem Zusammenhang fest, daß das Problem der Diskriminierung im Fall der Beschäftigung von Lehrern 1993 durch das ILO-Expertenkomitee bereits festgestellt wurde. Ähnliche Bedenken wurden von deutschen Nicht-Regierungsorganisationen erhoben.

17. Das Komitee ist des weiteren besorgt über die Situation von Asylsuchenden in Deutschland, insbesondere über die lange Dauer ihrer Asylverfahren wie über ihre wirtschaftliche Situation und ihre medizinischen Ansprüche während der Dauer ihres Verfahrens.

18. Das Komitee ist ebenfalls besorgt über das Los der Sinti und Roma in Deutschland und über deren Anspruch auf ein Recht auf Wohnung, Erziehung und Beschäftigung. Die anhaltende Diskriminierung der Sinti und Roma verlangt nach sofortigen politischen Schritten zur Abhilfe.

19. Das Komitee stellt fest, daß öffentliche Beschäftigte in Deutschland im großen und ganzen kein Streikrecht haben, daß nur eine begrenzte Anzahl von ihnen dieses Recht ausüben kann, was ein Verstoß gegen Artikel 8(2) des Vertrages darstellt.

20. Das Komitee ist besonders besorgt über Gewalt gegen Frauen, insbesondere gegenüber den Opfern von Frauenhandel zwecks Heirat oder Prostitution und Ausbeutung. Auch fehlen Statistiken über die Zahl der davon Betroffenen.

21. Das Komitee ist alarmiert über den anhaltenden Mißbrauch von Kindern und ihre sexuelle Ausbeutung. Weitverbreitete Pornografie ist ein Anlaß zu besonderer Sorge, weil dies mit der Ausbeutung von Kindern und Frauen verbunden zu sein scheint.

22. Das Komitee stellt mit Sorge fest, daß Studiengebühren für Universitäten steigen, obwohl Artikel 13 des Paktes die schrittweise Einführung von freier Hochschulausbildung verlangt.

23. Die alarmierende Zahl der Opfer von HIV/AIDS im Gebiet des berichtenden Staates ist ebenfalls Grund zur Sorge ...

24. Das Komitee äußert auch seine Sorge über das Los der Wohnungslosen, deren Zahl weiterhin unbekannt ist, wie auch über das Los der Hausbesitzer insbesondere in den neuen Ländern.“

Soweit die Kritik des UN-Ausschusses. Für eine an Bürger- und Menschenrechten orientierte Politik ist offenbar auch nach UN-Meinung viel zu tun. (rül)

Quelle: United Nations, Economic and Social Council, Committee on economic, social and cultural rights, unedited version, E/C.12/1/Add.29, 4.12.98 (eigene Übersetzung)

HADEP überlegt eine „Regenbogenkoalition“

Die vom türkischen Regime in den letzten Wochen mit einer selbst für türkische Verhältnisse extremen Brutalität verfolgte prokurdische Partei HADEP stößt auf immer größere Schwierigkeiten bei ihrer Arbeit und bei den Vorbereitungen für eine Kandidatur zu den türkischen Parlamentswahlen im kommenden April.

Am 7. Dezember führten türkische Polizeikräfte erneut landesweite Verhaftungen gegen HADEP-Mitglieder durch. Schon bei der Ankunft Öcalans in Rom vor nun fast einem Monat waren landesweit mehrere tausend Mitglieder festgenommen worden, von denen hunderte noch immer in Haft sitzen. Dagegen wollte die Partei mit öffentlichen Hungerstreiks protestieren.

Diese Hungerstreiks führten zu erneuten Verhaftungen. Landesweit wurden wieder etwa 200 HADEP-Mitglieder festgenommen.

Nach Angaben von HADEP-Vertretern wurden in den kurdischen Provinzen mindestens 86 HADEP-Mitglieder erneut festgenommen, weitere 23 Mitglieder wurden in der nordwestlichen Provinz Tekirdag und etwa 105 in Istanbul festgenommen.

Der HADEP-Vorsitzende Murat Bozlaksowie weitere Vorstandsmitglieder sitzen ebenfalls weiter unter dem Vorwurf, sie hätten Verbindungen zur PKK und zur kurdischen Guerilla, im Gefängnis. Ihnen drohen bei einer Verurteilung ebenso wie den noch immer in Haft sit-

zenden DEP-Abgeordneten Leyla Zana, Orhan Dogan und Hatip Dicle jahrelange Haftstrafen

„Regenbogenkoalition“?

In einem Bericht für die türkische Wochenzeitung „Turkish Probe“ berichtet Mustafa Erdogan am 6. Dezember über die Wahlvorbereitungen der HADEP. Dabei gibt es u.a. die Überlegung, eine Art „Regenbogenkoalition“ mit zahlreichen weiteren linken Parteien, Organisationen und Verbänden aufzubauen, die dann gemeinsam zu den kommenden Wahlen antreten würde.

Bereits im September habe ein Treffen stattgefunden, bei dem u.a. Vertreter der Gewerkschaftsverbände DISK und KESK, von Einzelgewerkschaften aus den Gewerkschaftsverbänden Türk-Is und HAK-IS, der türkischen Architekten- und Ingenieurs-Gewerkschaft TMMOB, der Menschenrechtsvereine IHD, der Vereinigung fortschrittlicher Juristen CHD, der Vereinigung fortschrittlicher Journalisten CGD sowie der Parteien ÖDP, SIP, BSP u.a., zusammen 37 Organisationen, anwesend waren.

Im Unterschied zu dem reinen Parteienbündnis „Arbeit, Frieden und Freiheit“, mit dem die HADEP 1995 mit der ÖDP, SIP usw. angetreten war, soll die „Regenbogenkoalition“ auch andere gesellschaftliche Kräfte einschließen.

11 Direktkandidaten sicher?

Eine andere Option ist, mit „unabhängi-

gen“ Kandidaten, also ohne Liste anzutreten. Auf diese Weise würde die HADEP die landesweite 10%-Klausel für Parteien umgehen. Bei einer solchen Kandidatur geben Prognosen der HADEP gute Aussichten, am Ende mit 11 direkt gewählten Abgeordneten im Parlament vertreten zu sein.

Hochrechnungen von 8 bis 11 Prozent

Als dritte Variante wird weiter die Möglichkeit eines Parteienbündnisses diskutiert und überlegt. Nach amtlichen Hochrechnungen soll die HADEP derzeit gute Aussichten haben, auf ca. 8 Prozent der Stimmen zu kommen. Die ÖDP wird nach diesen Prognosen mit 3% eingestuft. Zusammen könnten beide Parteien bei einem Wahlbündnis damit rein rechnerisch 11 Prozent erhalten und würden damit die 10%-Klausel überspringen. Bei 450 Mitgliedern im Parlament insgesamt könnte das zu einer gemeinsamen Fraktion von fast 50 Mitgliedern führen.

All diese Überlegungen beruhen freilich darauf, daß die HADEP bis zu den Wahlen im kommenden April überhaupt noch in der Lage ist zu arbeiten und daß diese Wahlen auch nur ansatzweise „frei“ sind.

Vielleicht raffen sich deshalb in der nächsten Zeit europäische Institutionen endlich auf und schicken die von der HADEP immer wieder dringend erbetenen Menschenrechtsbeobachter, um der Verfolgungswelle in den Arm zu fallen. *rül*
Quelle: Reuters, 7.12., Turkish Probe, 6.12.

KKP-Erklärung: Kurden und Türken Seite an Seite

Vor dem Hintergrund der Reise des Generalsekretärs der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK), Abdullah Öcalan, nach Italien haben reaktionäre und nationalistische Kreise die chauvinistische Stimmung in der Türkei angeheizt. In der Verantwortung für ein friedliches Zusammenleben der Völker wendet sich die Kommunistische Partei Kurdistans (KKP) mit folgendem Aufruf an alle fortschrittlichen und revolutionären Kräfte der Welt sowie an das kurdische und türkische Volk:

In den türkischen Städten ist eine Welle des Hasses entbrannt. Die Faschisten haben einen blutigen offenen Krieg gegen die Linken und die Revolutionäre sowie gegen die kurdischen Vereine begonnen. (...) Damit offenbarten die faschistischen „Grauen Wölfe“ der Nationalistischen Volkspartei (MHP) und die Regierung der Türkei einmal mehr ihre rassistische Politik. Gleichzeitig wurde deutlich, daß das Handeln der türki-

schen Regierung eigentlich von der MHP bestimmt wird. In den Städten und Kreisen ließ sie die Büros der HADEP ohne juristische Grundlage überfallen, ihre Parteifunktionäre verhaften, auf die Straße treiben und mißhandeln. Die anderen Parteien – ANAP, FP, DYP, CHP und DSP – verhielten sich gegenüber diesen offenen staatlichen Terroraktionen nicht anders als die MHP. Sie zeigten damit hinter einer angeblich demokratischen Maske ihr wahres chauvinistisches, rassistisches Gesicht.

Sie tragen zusammen mit der Regierung der Türkei die Verantwortung für alle Menschenrechtsverletzungen gegenüber Kurden und Zerstörungen in Nordwest-Kurdistans, wo bisher über 3.000.000 Kurden gewaltsam aus ihren Dörfern vertrieben, 4.000 Dörfer und kleine Städte verbrannt und zerstört sowie unzählige Wälder und Naturparks zerstört sowie sauberes Wasser ungenießbar verschmutzt wurden.

Gleichzeitig sind Sprache, Kultur und Geschichte des kurdischen Volkes

durch die Politik der türkischen Regierung offiziell verboten. Eine Regierung, die solche Verbrechen gegen andere Menschen und Völker organisiert, in Auftrag gibt oder duldet, darf sich selbst nicht zum Ankläger gegen mißliebige Personen aufschwingen, sondern gehört selbst vor Gericht.

Die KKP wendet sich vehement gegen den aufkeimenden Chauvinismus. Sie fordert das türkische und kurdische Volk gleichermaßen auf, diese Entwicklung Seite an Seite zu bekämpfen und keine Feindseligkeiten gegeneinander aufkommen zu lassen. Die Bevölkerung soll gegen die rassistischen und faschistischen Angriffe mutig eine Barrikade errichten. Deshalb ruft die KKP auf:

Solidarisiert Euch mit der verfolgten HADEP!

Türken und Kurden, kämpft Seite an Seite gegen die Regierung!

Klagt gemeinsam die türkische Regierung vor Gericht an!

Kommunistische Partei Kurdistans (KKP), Politbüro des Zentralkomitees (aus Platzgründen geringfügig gekürzt)

Palästina

Oppositions-treffen in Damaskus

Wenig beachtet von der westlichen Öffentlichkeit hatten sich vor 10 Tagen in Damaskus/Syrien diverse palästinensische Gruppen getroffen, die sich einig sind, dem Arafat-Kurs nicht zuzustimmen. Parallel dazu fanden ähnliche Treffen in Gaza und in Ramallah statt. Bereits die verschiedenen Örtlichkeiten drückt eine grundsätzliche Problem aus: die außerhalb Palästinas lebenden PalästinenserInnen haben kein Recht auf Rückkehr, die innerhalb der Grenzen von 1948 lebenden PalästinenserInnen bleiben unter Kontrolle israelischer Militärs.

Allen Treffen gemeinsam war die Ablehnung der gegenwärtigen Abkommenspolitik, die Arafat mit den Israelis unter US-Regie durchsetzt (zuletzt Wye River). Unterschiede entstehen zwischen den 10 beteiligten Gruppierungen – nicht erst seit heute – in der Entwicklung einer Alternative dazu.

Leila Khaled von der PFLP bestand in einem Interview vor dem Treffen auf der Ablehnung der amerikanischen Forderungen, auf der Legitimität des Widerstands mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln, einschließlich bewaffneter Mittel.

Für sie steht die palästinensische Einheit im Mittelpunkt. Allseits wird der sogenannten Autonomiebehörde die repräsentative Vertretung aller palästinensischen Interessen abgesprochen.

Vielmehr stelle heute gerade die Opposition einen Ausdruck von Hoffnung und Aussicht auf Änderungen dar, um endlich die Würde und Geschichte des Volkes zu realisieren.

Auch sollte im Vorfeld der inoffiziellen Staatsvisite des USA am neuen Flughafen in Gaza zum Boykott dieser Veranstaltung aufgerufen werden.

Das Treffen in Damaskus war darüber hinaus von Unstimmigkeiten geprägt. Die DFLP von Hawatmeh verließ den Konferenztisch, indem sie anderen unterstellte, sich nicht an der langen Geschichte der Kämpfe gegen die Besatzung beteiligt zu haben.

Die PFLP-GC widersprach, Hawatmeh wolle lediglich verhindern, daß hier eine starke Fraktion gegen Arafat gebildet werde.

Er wolle kein Exilparlament zulassen, das eine breite Anti-Arafat-Bewegung widerspiegeln und gleichzeitig die bisherige Struktur einer von Fatah kontrollierten Organisation ersetzen soll.

Die PFLP setzt hier nach wie vor auf die Einheit der PLO.

Puerto Rico: Volksabstimmung votierte gegen Anschluß an USA



Gegner eines Anschlusses von Puerto Rico an die USA feiern den Ausgang einer Volksabstimmung über die Zukunft des Landes. Die Bürger Puerto Ricos haben sich mehrheitlich gegen die Umwandlung der Karibikinsel in den 51. Bundesstaat der USA ausgesprochen. (Bild: ND) (hav)

In Gaza trafen sich mehr als 500 Mitglieder, unter ihnen jene der Hamas und des Islamischen Jihad, zur Nationalen Konferenz. Insbesondere wurde hier festgehalten, daß für die Entscheidung über den von Israel geforderten „Verzicht“ auf fundamentale Punkte der PLO-Charta nicht die Arafat-Administration zuständig sei, sondern der Palästinensische Nationale Rat.

In einem Offenen Brief wird Arafat aufgefordert, „alle Verhandlungen und Kooperationen mit den israelischen Besatzungskräften zu stoppen“.

Eine durch den Zentralrat (PCC) der PLO abgestimmte Entschliebung, die PLO-Charta zu ändern, wird von der Opposition als schwerwiegender Fehler interpretiert, da die israelische Regierung bis heute das Recht der PalästinenserInnen auf Selbstbestimmung abstreitet.

Eine Abstimmung im Nationalrat (PNC), dem höchsten Gremium, wurde bislang jedoch nicht durchgeführt.

Angehörige palästinensischer Gefangener hatten parallel in Nablus einen Hungerstreik begonnen, um für die Freilassung ihrer Angehörigen einzutreten. Täglich finden erneut Straßenkämpfe gegen die israelische Besatzung mit ungleichen Mitteln statt. Die hier zum Ausdruck kommende Wut und Ohnmacht erhält bislang noch keine weiterführende Dimension.

Die Entwicklungen strategischer Linien gegen den Kurs der Autonomiebehörde wie auch gegen Israel stehen – unter dem Eindruck einer geschwächten, weil uneinigten Opposition – immer noch am Anfang. *mc*

Spanien: Rüge für einen Bischof

Regierung holt ETA-Gefangene aufs Festland

Von Ralf Streck, San Sebastian

„Ich habe kein Problem zu helfen, daß die Rechte der politischen Gefangenen respektiert werden und wir damit zu einem wirklichen Frieden im Baskenland kommen“, schrieb der Bischof von San Sebastian, Jose Maria Sienten, an ein gefangenes ETA-Mitglied. Daß der Bischof wollte, von politischen Gefangenen zu sprechen, versetzte die Regierung in helle Aufregung. „Es gibt Personen, die noch nicht begriffen haben, in welchem Land sie leben“, schmetterte Regierungschef Jose Maria Aznar. In Spanien gebe es seit Verabschiedung der Verfassung von 1978 keine politischen Gefangenen. Die Justizministerin meinte, der Bischof müsse begreifen, daß es sich um gewöhnliche Verbrecher und Terroristen handle.

Sienten hatte sein Schreiben an Jon Gaztelumendi gerichtet. Der wegen Mordes zu über 500 Jahren Haft verurteilte Baske ist einer der sechs gefangenen ETA-Angehörigen, die von ihren knapp 600 Gefährten als Vertreter für eventuelle Gespräche mit der Regierung gewählt

wurden. Der Bischof bot sich als Vermittler an, stieß jedoch in Madrid auf schroffe Ablehnung.

Ungeachtet dessen wird die Regierung von allen Seiten bedrängt, in der Frage der Gefangenen etwas zu unternehmen, damit der Friedensprozeß, der durch die ETA-Waffenruhe im September eingeleitet wurde, nicht stirbt. Die Kampagne für die Verlegung der Häftlinge ins Baskenland läuft auf Hochtouren. Die Gefangenen selbst kämpfen wieder mit Hungerstreiks und Selbsteinschließungen dafür.

Die spanische Regierung kündigte an, 21 Betroffene, die in den spanischen Enklaven in Afrika, Ceuta und Melilla sowie auf Mallorca und den Kanaren inhaftiert sind, aufs Festland zu bringen. Nicht ins Baskenland, sondern immer noch viele hundert Kilometer entfernt. Der Sprecher der Baskisch Nationalistischen Partei (PNV), Joseba Egibar, kritisierte die Entscheidung als „unzureichend“ und „maximalen politischen Stumpfsinn“, wenn man einen Friedensprozeß anführen wolle. Am Vortag erst hatte sich das Europaparlament in Strasbourg für die Verbesserung der Situation der Gefangenen in Europa ausgesprochen. Auf Antrag Pierre Pradiers aus dem französischen Teil des Baskenlandes beschloß es, daß die Bedingungen für die Wiedereingliederung der Gefangenen verbessert werden müßten. Eine Voraussetzung sei „die Inhaftierung in der Nähe des Wohnortes der Familie“. Nicht einmal die spanische Regierungspartei PP wandte sich dagegen. „Wenn das Baskenland nicht erwähnt wird, sind sie großzügig“, sagte Pradier.

Der Tod in Teheran

Tödliche Repression gegen die Opposition

Von Kambiz Behbahani und Thomas Rüttig

Fünf Tote, ein „Verschwundener“ und Gerüchte über geheime Folterhäuser und eine Mordliste lassen Iran brodeln. Ist Präsident Khatami Mittäter oder ohnmächtiges Opfer?

Mohammad Pujande wurde am Donnerstag erwürgt unter einer Teheraner Brücke gefunden, meldete am 13. Dezember die Zeitung „Iran“. Er war am vorigen Mittwoch „verschwunden“.

Mohammad Mokhtari wollte am 3. Dezember nur schnell etwas einkaufen gehen. Am Mittwoch, am Vorabend des 50. Jahrestages der UN-Menschenrechtsdeklaration, teilten die Behörden seiner Fa-

milie mit, sie hätten seinen Leichnam entdeckt.

Sein Sohn fand im Leichenschauhaus Würgespuren am Hals.

Dariusch Foruhar war nach Nordiran verreist. Am 22. November fanden Verwandte ihn und seine Frau Parwaneh Eskanderi erstochen in ihrem Teheraner Haus.

Auch Majid Sharif wollte Anfang November nach Nordiran, kam dort aber nie an. Man fand ihn am 26. November tot am Straßenrand.

Fünf Morde innerhalb eines Monats an iranischen Oppositionellen, das ist kein Zufall. Pujande hatte mit Mokhtari und weiteren vier Kollegen kürzlich offiziell verkündet, den im Mai 1997 als demokratischen Hoffnungsträger gewählten Staatspräsidenten Seyyed Mohammad Khatami beim Wort nehmen und die offiziell nie verbotene Iranische Schriftstellervereinigung wieder ins Leben ru-



1997: Feiern zum 18. Jahrestag des Sturzes von Schah Reza Pahlawi. Vorne: der damalige Staatspräsident Rafsandschani

fen zu wollen. Indizien weisen darauf hin, daß sie Opfer des Geheimdienstes wurden, der als „Ministerium für Information und Landessicherheit“ (VEVAK) firmiert.

Der Essayist Pujande trug noch Goldring und Armbanduhr, als man ihn fand, der Soziologe und Publizist Sharif andere Kleidung als die, mit der er das Haus verlassen hatte. Der Leichnam des Lyrikers Mokhtari soll sich schon fast eine Woche lang in den Händen der Behörden befunden haben.

Auch Pirus Davani, ein mutiger Journalist, ist verschwunden. Der Gründer der „Vereinigung für Demokratie in Iran“ gab Bulletins mit regimekritischen Nachrichten heraus. Weil er sich bedroht fühlte, vereinbarte er mit seiner Mutter, alle zwei Stunden bei ihr anzurufen. Am 25. August meldete er sich nicht mehr. Eine Suchaktion seiner Freunde blieb erfolglos. Dann teilte vor einer Woche ein Unbekannter seine Mutter telefonisch mit, ihr Sohn sei tot. Sie erlitt einen Herzinfarkt und starb.

Darauf schrieben 80 Schriftsteller und Politiker einen Brief an Khatami und baten ihn, den Fall aufzuklären und Davani zu finden. Seit drei Monaten wird in Iran heftig über angebliche geheime Folterhäuser diskutiert. Darin würden Regimekritiker mißhandelt und zu „Geständ-

nissen“ gezwungen. Wird Davani dort festgehalten?

Mohammad Jazdi, Chef der iranischen Justiz, sagte zu, die Vorwürfe untersuchen zu lassen. Aber der Ayatollah gehört selbst zu den Hardlinern mit guten Beziehungen zum Geheimdienst und zu den Schlägertrupps des Regimes, den Ansare Hezbollah und den Fedaijan-e Islam. Auch diese Gruppen könnten hinter den Entführungen und Morden stecken. Zudem soll eine Mordliste mit 60 Namen prominenter Politiker und Intellektueller existieren, unter ihnen Ebrahim Jazdi, Vorsitzender der halblegalen Freiheitsbewegung, sowie der „islamische Sozialist“ Habibollah Paiman.

Schon vor einem Jahr waren mehrere Teheraner Bezirksbürgermeister gefoltert worden, um Geständnisse über angebliche finanzielle Unregelmäßigkeiten des Oberbürgermeister Gholam Hossein Karbastschi von ihnen zu erpressen, Khatamis Vordenker. Auch der Publizist Faradsch Sarkuhi, der nur durch eine internationale Kampagne befreit werden konnte, hatte ausgesagt, eine Zeitlang in einem geheimen VEVAK-Gefängnis festgehalten worden zu sein.

Für viele westliche Beobachter ist die Mordserie ein Anzeichen für einen verschärften Machtkampf zwischen „Konservativen“ und „Liberalen“ im inneren Kreis des iranischen Regimes. Aber namhafte Oppositionelle sind der Überzeugung, daß der schon längst entschieden ist – zu Ungunsten des „Liberalen“ Khatami. Sarkuhi zufolge habe der Präsident angesichts der weitreichenden Forderungen nach Demokratie und Freiheit, die er mit seinem Aufruf zu mehr Offenheit erzeugt habe, „Angst“ bekommen. Auch Abolhassan Banisadr, früherer Staatspräsident, macht Khatami für die Morde mitverantwortlich.

Zudem sorgt die schwere wirtschaftliche Krise für Spannungen. Wegen des Preisverfalls schrumpfen die Erdöleinnahmen, von denen Irans Etat zu 80 Prozent abhängt. Der Rial mußte abgewertet werden, die Arbeitslosenquote stieg auf (offiziell) 13 Prozent. Da Khatami die eigentlichen Machtzentralen wie das VEVAK nicht unterstehen, waren seiner Öffnungspolitik von Anfang an wenig Chancen eingeräumt worden. Er strebte auch nie mehr an als eine „islamische“ Demokratie, wenn auch pluraler als bisher. Erstmals stellte Khatami sich in der vorigen Woche vor Studenten einer direkten Diskussion über die Mordserie. Er geißelte den Fall Foruhar als „widerwärtigen Akt“ und warnte vor „Faschismus auf der Grundlage von Religion“. Lippenbekenntnisse, wie viele Oppositionelle meinen, oder ein ohnmächtiger Hilferuf?

Kambiz Behbahani lebt in Berlin und arbeitet im Migrationsbereich. Thomas Rüttig ist freier Journalist und Herausgeber der Zeitschrift „MAHFEL“, Nachrichten aus West- und Mittelasien.



MASSENSTREIK GEGEN MASSENENTLASSUNGEN. Millionen Arbeiter sind in der vergangenen Woche in Indien in den Streik getreten, um gegen die von der Regierung in Neu Delhi geplanten Massenentlassungen zu protestieren. Zwischen 30 und 40 Millionen Arbeiter, Bauern und Studenten beteiligten sich an den Streiks, sagte ein Gewerkschaftssprecher. Die Gewerkschaften kritisieren, daß die Regierung über fünf Millionen Menschen durch Entlassungen und Rationalisierungsprogramme in indischen staatlichen Betrieben auf die Straße setzen will. (Bild: JW)

Frankreich: Kein Vertrauen der Migranten in die Justiz

Nach dem Tod eines 17jährigen jugendlichen Einwanderers bei einem Polizeieinsatz ist es in der südfranzösischen Stadt Toulouse am Mittwoch erneut zu Protesten gekommen. Die dritte Nacht in Folge lieferten sich etwa hundert Jugendliche Auseinandersetzungen mit der Polizei, die mit einem Großaufgebot von tausend Mann im Einsatz war.

Der Beamte, der am Wochenende den tödlichen Schuß abgegeben hatte, kam unterdessen nach 48 Stunden in Polizeigewahrsam wieder frei. Die Staatsanwaltschaft leitete gegen den 41jährigen Ermittlungen wegen fahrlässiger Tötung ein.

Die Appelle von Premierminister Lionel Jospin und anderen Politikern, Vertrauen in die Justiz zu haben, hatten keinen Erfolg.

Ein Schweigemarsch mit 2.500 Teilnehmern durch die Innenstadt von Toulouse war kurz zuvor friedlich verlaufen.

Den Forderungen von Familie und Freunden des 17jährigen Habib, gegen den Polizisten wegen vorsätzlicher Tötung oder gar wegen Morde zu ermitteln, folgte die Staatsanwaltschaft jedoch nicht.

Der Jugendliche, Sohn von Einwanderern aus Algerien, war in der Nacht zum Sonntag unter noch ungeklärten Umständen erschossen worden. Auf Wunsch seiner Eltern soll sein Leichnam in Algerien beigesetzt werden.

KPF fordert soziale Dringlichkeitsmaßnahmen

Mit der Forderung nach drei sofort durchführbaren sozialen Dringlichkeitsmaßnahmen hat der Nationalsekretär der Französischen Kommunistischen Partei (KPF), Robert Hue, die öffentliche Debatte in Frankreich über die Politik der Linksregierung mit neuem Stoff versorgt.

Hue erklärte, daß die „pluralistische Linkskoalition“ gegenwärtig an einem „Dreh- und Angelpunkt für ihren Erfolg“ stehe.

Da sich Gelingen oder Scheitern der Regierung vor allem auf dem sozialen Gebiet entschieden, wolle er mit drei konkreten Vorschlägen an die Adresse des sozialistischen Premierministers Jospin dazu beitragen, daß dieser das „soziale Terrain wieder in den Griff nimmt“.

Die drei Sofortmaßnahmen sind: Verwendung der bereits eingenommenen zusätzlichen Haushaltseinnahmen von 17 Milliarden Francs (infolge einer Konjunktur, die besser als berechnet war, und dadurch höherer Steuereinnahmen) für die Befriedigung der Forderung der Arbeitslosen nach einer Jahresendprämie.

Und darüber hinaus schnelle Erhöhung der Gesamtheit der Sozialhilfesätze um 1500 Francs. Beschluß über ein Maßnahmenbündel zum Stopp von Entlassungen bei Betriebsschließungen bzw. Umstrukturierung von Unternehmen. Die Präfekten der Departements sollen beauf-

tragt werden, überall, wo derartige Entlassungen vorgesehen sind, Rundtischgespräche unter Beteiligung der staatlichen Dienststellen, der Unternehmer, der betroffenen Belegschaften, der Gewerkschaften und der lokalen Abgeordneten sowie der Wirtschafts- und Finanzinstitutionen durchzuführen, um Wege zur Verhinderung der Entlassungen zu suchen.

Durch ein Gesetz sollen Entlassungen ohne die Anrufung dieser Gremien für illegal erklärt werden.

Erhöhung des gesetzlich festgelegten Lohnminimums (SMIC) um 4 Prozent ab Anfang Januar.

(aus: UZ 51/98)

Mexiko: Die Zapatisten kündigen für den 21. März ein Referendum an

Die Rebellen im süd mexikanischen Chiapas haben für den 21. März ein Referendum über die Rechte der indianischen Ureinwohner und den Rückzug der mexikanischen Truppen aus dem Bundesstaat angekündigt.

Laut einer von Zapatistenführer Subcomandante Marcos unterzeichneten Erklärung wurde das Referendum bei einem Treffen zwischen Rebellen des zapatistischen Nationalen Befreiungsheeres (EZLN) und regierungsunabhängigen Organisationen vereinbart.

Friede, Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit und Würde stünden allen Mexikanern zu, heißt es in der Erklärung. Dieser Friede sei aber „nur möglich, wenn die Rechte der indigenen Bevölkerungsgruppen anerkannt werden und der Auslöschungskrieg beendet wird, den die Regierung gegen sie führt“.

Ende November hatten die Zapatisten ein Angebot der Regierung zur Wiederaufnahme der Friedensgespräche abgelehnt. Sie werfen ihr Kriegstreiberei vor.

Wolgograd: Wahlerfolg der Kommunisten

Einen eindrucksvollen Erfolg bei den zweiten Rotationswahlen zur Gebietsduma verbuchten die Wolgograder Kommunisten am vergangenen Sonntag. Von 16 neu zu vergebenden Mandaten konnte die KPRF elf erringen.

Die anderen vier Plätze im regionalen Parlament übernahmen parteilose Betriebsdirektoren. Jabloko und Schirinowskis LDPR konnten sich in dem bevölkerungsreichen Gebiet nicht durchsetzen.

Die Linke stellt hier außerdem den Gebietsgouverneur und weist starke Positionen in der Stadtversammlung auf.

Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der ersten Rotation vom Vorjahr verfügen die Kommunisten nun auch in der Gebietsduma über eine deutliche Mehrheit: 23 von insgesamt 32 Abgeordneten vertreten die Linke.

(Zusammenstellung: hav)



AUGSBURG. Mit einem Hürdenlauf über Uni-Etat, Verwaltungsdschungel, Studienfinanzierung und Demokratie-Beschneidung protestierten Studierende am 9. Dezember auf dem Augsburger Unigelände gegen das bayerische Hochschulgesetz. *aus Berichte aus Augsburg und Schwaben*

Polizeiaktion gegen Wanderkirchenasyl

KÖLN. Ausgerechnet am 50. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte wurden drei illegalisierte Kurden – Hassan Ay, Abbas Tanriverdi und Mustafa Taifun – am 10.12. abends auf dem Rückweg von einer Versammlung des Wanderkirchenasyls in Köln festgenommen. Kurz vor Erreichen der evangelischen Kirchengemeinde Dortmund-Brackel gerieten sie auf der Autobahn in eine Polizeikontrolle. Freitag nachmittag verhängte ein Hagener Amtsrichter Abschiebehaft. Seitdem sitzen die drei Kurden, die sich mit ihren Familien seit Monaten an der Protestaktion gegen Abschiebung und Illegalisierung beteiligten, in der Abschiebehaftanstalt Büren. UnterstützerInnen der Kampagne „Kein Mensch ist illegal“ und Angehörige der Kirchengemeinden haben am Samstag, 12.12., zusammen mit über zweihundert Flüchtlingen aus Aachen, Düren, Brühl, Köln, Bergisch Gladbach, Wuppertal und Dortmund vor dem türkischen Generalkonsulat in Düsseldorf gegen Menschenrechtsverletzungen und Abschiebungen in die Türkei protestiert. Außerdem fanden in den letzten Tagen in vielen Städten Solidaritätsaktionen mit dem Wanderkirchenasyl statt. In Bremen, Dresden, Jena, Regensburg, Konstanz, Hanau, Lübeck und München beteiligten sich afrikanische, tamilische, türkische und kurdische Flüchtlinge und MigrantInnen sowie antirassistische Gruppen an den Aktionen. So wurden in Regensburg und Bremen die Büros von SPD und Grünen besetzt. Auf dem Münchner Marienplatz erklommen Menschenrechtsaktivisten den Weihnachtsbaum und entrollten ein 10 m langes Transparent mit der Aufschrift: „Köln: 260 im Kirchenasyl – Kein Mensch ist illegal“. Auch in Hanau prangten Transparente über dem Weihnachtsmarkt und forderten Solidarität mit den Flüchtlingen im Wanderkirchenasyl.

*Kölner Netzwerk
„Kein Mensch ist illegal“*

Erste Neugründung einer Wohnungsgenossenschaft seit 1951

KÖLN. Nach zehn Monaten Auseinandersetzung mit der Stadt Köln wegen des Hauses Krefelder Wall 20 und mit dem Amtsgericht wegen der Eintragung ins Genossenschaftsregister konnte die WOGGE e.G. jetzt ihre Gründung als Genossenschaft für selbstverwaltetes, soziales und ökologisches Wohnen feiern. Allerdings: Obwohl die WOGGE satzungsgemäß sozialen und ökologischen Zielen verpflichtet ist, schon fast alle Mietparteien Mitglied geworden sind, die Mieten laut Beschluß der Hauptversammlung unter den Vergleichsmieten bleiben usw., muß sie jetzt mit 1,1 Mio DM einen Preis bezahlen, der mindestens 25% über dem gutachtlich festgestellten Verkehrswert liegt. Das Haus wurde von der Stadt nach einer zum Teil unfachgemäßen Modernisierung 1988 so vernachlässigt, daß rund 100.000 DM Instandsetzungskosten anfallen. Zusätzlich zu den MieterInnen, die bis zu 100.000 DM gezeichnet haben, wurden inzwischen weitere 72 Personen mit Anteilen von 1.000 bis 50.000 DM Mitglied der WOGGE. So wird eine Finanzierung der Gesamtinvestition von 1,7 Mio DM mit rund 50% Eigenkapital möglich. Bei dem einen Haus soll es natürlich nicht bleiben. Als weitere Projekte stehen zur Zeit Wohnungen in autofreien Stadtquartieren und Baulücken an. *WOGGE e.G.*

Bundesweiter Aktionstag gegen I.G. Farben

FRANKFURT. Unter dem Motto „Die Profiteure der Zwangsarbeit müssen zahlen!“ haben am 18.12. bundesweit Betroffenenorganisationen des Naziterrors und antifaschistische Gruppen protestiert. Sie forderten die sofortige Auflösung des Frankfurter Firmenfossils IG Farben i.A. und Entschädigungen für alle überlebenden Zwangsarbeiter des NS-Regimes.

Spektakulärste Aktion war die Besetzung des Büros der IG Farben i.A. in der Frankfurter Silberbornstraße. Zwölf Mitglieder von Betroffenenorganisationen des Naziterrors und antifaschistischer Gruppen hielten die Räume von 9 Uhr bis 11.15 Uhr besetzt, bis sie durch ein Sondereinsatzkommando der Polizei geräumt wurden. Sie verlangten gegenüber der Presse die sofortige Auflösung der „Mordgesellschaft“ IG Farben und Entschädigung für die überlebenden Zwangsarbeiter des früheren Chemiekartells und für deren Angehörige. Zu den Besetzern gehörten der Bundestagsabgeordnete Carsten Hübner (PDS), der katholische Pater Gregor Böckermann von den 'Ordensleuten für den Frieden' und das Vorstandsmitglied der 'Coordination gegen BAYER-Gefahren' Axel Köhler-Schura. Alle zwölf Besetzer wurden vorläufig festgenommen und in Handschellen abgeführt, gegen 18 Uhr aber wieder auf freien Fuß gesetzt. Zahlreichen Journalisten wurde der Zugang zur improvisierten Pressekonferenz der Besetzer verwehrt. Es wurde Anzeige gegen sie wegen Hausfriedensbruch, Landfriedensbruch und auch wegen Körperverletzung und Sachbeschädigung erstattet. Ein Mitarbeiter der Firma sei „blutig geschlagen“ worden – die Besetzer nannten diesen Vorwurf „absurd“.

AKW-Mahnmal vor Kieler Ministerium

KIEL. Greenpeace stellte am 11. Dezember vor dem Energieministerium in Kiel ein Anti-AKW-Denkmal auf. Eine große Sicherungsmutter auf einem quadratmetergroßen Betonsockel symbolisiert die Risiken des Atommeilers Krümmel, bei dessen Betrieb zwei Muttern im Reaktordruckbehälter zerstört worden sind.

Am 19. Juni diesen Jahres wurde der Reaktor nahe Geesthacht für turnusmäßige Wartungsarbeiten abgeschaltet. Dabei entdeckte man die defekten Sicherungsmuttern. Die Atomkraftwerksbetreiber wollen den umstrittenen Reaktor in Kürze ohne die Sicherungsmuttern wieder ans Netz schalten.

Vor dem Kieler Ministeriumsgebäude entrollten die Greenpeace-Demonstranten ein Transparent mit der Aufschrift: „Herr Minister Möller: Wieviele Muttern dürfen in Krümmel noch fehlen? Den Schrottreaktor nie wieder ans Netz!“

Joerg Feddern, Energieexperte bei Greenpeace:

„Der Pannenreaktor Krümmel darf nicht angefahren werden. Das wäre so, als würde man im Auto mit Tempo zweihundert über die Autobahn rasen und genau wissen, daß an der Radaufhängung zwei Schrauben fehlen. Wir fordern Minister Möller auf, keine Genehmigung für das Anfahren des Atommeilers in Krümmel zu erteilen.“

Pressemitteilung

Protest gegen Naziaufmarsch in Hannover!

HANNOVER. Auf Initiative von Gerd Bornemann, VVN/BdA, hatte ein Bündnis von DGB, HBV, ÖTV, DPG, Bündnis 90/Die Grünen, DKP, PDS, Jusos, Sozialistische Jugend, die Falken, VVN/BdA Niedersachsen, AStA der evangelischen Hochschule Hannover, DFG-VK Hannover, Internationale Liste Uni, Flüchtlingsrat Niedersachsen, u.a. zur Demonstration gegen den von der faschistischen NPD gegen die im Rathaus stattfindende Ausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941 – 1944“ für den 19.12.98 angekündigten Aufmarsch aufgerufen.

Im Demonstrationsaufruf des Bündnisses heißt es: „Aus der Geschichte lernen, heißt Konsequenzen aus Rassenwahn, nationaler Überheblichkeit, Krieg und Völkermord zu ziehen. Die Ausstellung ... leistet einen erheblichen Aufklärungsbeitrag, bringt zusätzliches Licht in einen weitgehend tabuisierten Bereich des verbrecherischsten Abschnitts deutscher Geschichte. Um den Charakter des NS-Systems zu verleugnen und zu verharmlosen, wollen Alt- und Neonazis aller Gruppierungen Wie auch an anderen Ausstellungsorten – gegen die weitere Aufarbeitung der Geschichte demonstrieren. In Hannover hat die neofaschistische NPD für Samstag, den 19.12.98 zu einem Aufmarsch aller sog. „nationalen Kräfte aufgerufen und

mobilisiert ... Unter dem Motto „Schützt unsere Vater – stoppt die Verräter“ soll nach ... Eigenangaben mit rund 3000 Teilnehmern die größte neofaschistische Kundgebung der letzten Jahrzehnte in Hannover ... stattfinden. Wir werden nicht hinnehmen, daß 60 Jahre nach der Reichspogromnacht Naziparolen vor der Gedenkstätte der ehemaligen Synagoge gebrüllt werden; daß rechtsradikale Skinheads in SA-Manier das hannoversche Straßenbild prägen; daß Nazis

mit völkischen Parolen und sozialer Demagogie, von der hohen Arbeitslosigkeit und anderen gesellschaftlichen Problemen profitieren und gleichzeitig von den tatsächlichen Verursachern ablenken können; daß Brandstifter in Wort und Tat wie der rechtskräftig verurteilte Naziterorist und NPD-Spitzenkandidat in Mecklenburg-Vorpommern, Manfred Roeder, unwidersprochen vor der als Antikriegsmahnmal gewürdigten Ruine der Aegidienkirche Verbrechen der Wehrmacht leugnen kann“.

Am 16.12.98 vermeldet die hannoversche Zeitung, daß Polizeipräsident Klosa eine Kundgebung der NPD am Kröpcke verboten habe. Begründung: „Er könne in der Innenstadt die Sicherheit und Ordnung nicht mehr gewährleisten, wenn die Demonstration stattfindet. „Warum?“ „Es gebe Erkenntnisse darüber, daß 2000 bis 3000 Gegendemonstranten aus der linken autonomen Szene kommen wollten.“ „Wenn die plötzlich aus der Menge Steine herauswerfen, könnte es am Kröpcke eine Panik geben.“ Ansonsten äußerte er zur NPD: „auch die NPD kann als legale Partei grundsätzlich die versammlungsfreiheit in Anspruch nehmen,“ „In dieser besonderen

Situation sei aber die öffentliche Sicherheit höher einzustufen.“ Außerdem äußerte er: „Wir werden am Wochenende gar keine Demonstration genehmigen.“ (HAZ vom 16.12.98) Das Verwaltungsgericht Hannover und Obergericht in Lüneburg genehmigten aber den Marsch der Faschisten. (HAZ vom 19.12.98).

Am 19.12.98 demonstrierten 3000 Antifaschisten zur Gedenkstätte der ehemaligen Synagoge und von dort zur Ruine der Aegidienkirche. Die noch am Tag zuvor genehmigte Route – Friedrichswall am Rathaus vorbei – war kurzfristig verboten worden und war bei Ankunft der antifaschistischen Demonstration von Polizei, Reiterstaffeln, SEK usw. hermetisch abgeriegelt. An der Ruine der Aegidienkirche betonte die DGB-Vorsitzende in ihrem Redebeitrag, daß die Antifaschisten mit ihrer Demonstration verhindern konnten, daß die Faschisten an der Gedenkstätte der ehemaligen Synagoge aufmarschierten. Sie forderte erneut das Verbot der NPD.

Ca. 150 Neonazis, weniger als angekündigt – konnten unter dem Schutz der Polizei durch Stadt marschieren. Polizeipräsident Klosa hatte angesichts der Entscheidung des Obergerichts verkündet: „Er stelle sich auf einen Großeinsatz ein und werde 1500 Beamten aufbieten, um die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten.“ (HAZ vom 19.12.98). Das ist Zynismus angesichts der Tatsache, daß die Polizei den 150 Nazis den Rücken freihieß, so daß sie mit NPD-Fahnen und der Reichskriegsflagge aus der Südstadt über den Aegi und ein Stück den Friedrichswall nahe dem Rathaus entlangmarschieren und faschistische Parolen brüllen konnten. Hingegen war den Antifaschisten die vorher festgelegte Route versperrt (siehe oben).

Am Opernplatz fand die Abschluskundgebung der Demonstration des antifaschistischen Bündnisses statt. Werner Pfennig von der VVN-BdA forderte in seinem Beitrag das Verbot faschistischer Publikationen, die Auflösung aller faschistischen Gruppen und das Verbot der NPD.

anr





SchülerInnen protestieren

168 Stunden und 175 Kilometer lang

HAMBURG. Montagmorgen, 14.12.: An der Moorweide starten, so richtig mit Durchschneiden eines rot-weißen Bandes, 40 Hamburger Schüler zur längsten Demonstration, die es je in Hamburg gegeben hat. Einige meinen sogar, es sei die längste Demonstration der Welt. Verdächtig, ins Guinness-Buch der Rekorde aufgenommen zu werden.

Eine Woche lang, 168 Stunden Tag und Nacht, wollen 2000 SchülerInnen aus 70 Schulen gegen die Verschlechterungen im Hamburger Bildungswesen demonstrieren. Mindestens immer fünf von ihnen marschieren mit einem Transparent, nachts auch mit Fackeln, von der Moorweide zum Rathaus und von dort zur Schulbehörde. Dort versuchen sie über Handy, die Schulsenatorin zu erreichen – doch sie redet auch nicht mit den SchülerInnen. Nach zwei Stunden sind die SchülerInnen zurück und übergeben das Transparent wie eine Stafette an die nächsten. „Schule in Not“, nennen sie ihre Aktion. „Wenn den Senat die große Zahl von 80.000 Demonstranten am 28.5. nicht beeindruckt hat, dann vielleicht unsere Ausdauer“, meint Steven Gallig, Geschäftsführer der Hamburger SchülerInnenkammer, dazu.

Beim ersten Wechsel treffe ich trotz des heftigen Nieselregens nicht die eingetragenen fünf SchülerInnen, sondern 30, die mitmachen wollen. Und es kommen alle Augenblicke mehr. „Neben der ständig akuten Lage an den Schulen ist es uns wichtig, gegen einen Kritikpunkt anzugehen, der den SchülerInnen bei regulären Demonstrationen häufig vorgehalten wird: ‚Ihr protestiert doch nur, weil dafür Schule ausfällt‘, heißt es oft“, schreiben sie in ihrem Flugblatt, das die ganze Zeit neben der Demo an die Passanten verteilt wird. Und: „Wir fordern: Keine Einsparungen, sondern Schaffung neuer LehrerInnenstellen, keine Strei-

chung von Förder- und Teilungsstunden, Wiederbesetzung von freiwerdenden Stellen, z.B. bei Pensionierung, keine Arbeitsverlängerung für Lehrer, das Beibehalten der Altersermäßigung, vernünftige, moderne Ausstattung der Computer und ähnliches, Erneuerung und Überarbeitung der Materialbestände an den Schulen, Klassenfrequenzen von höchstens 20 SchülerInnen.“ Darum protestieren sie gegen den Hamburger Einspar-Haushalt. „Auf den ersten Blick treffen diese Maßnahmen hauptsächlich unsere Lehrerinnen und Lehrer. Doch wir SchülerInnen und Schüler sind das letzte Glied in der Kette. Wenn Lehrer mehr arbeiten müssen und ältere Pädagogen zusätzlich keine Altersermäßigung mehr erhalten, dann können sie sich weniger um uns kümmern. Sie haben weniger Zeit für nachmittägliche Projektangebote, für Wandertage oder Klassenreisen. Unser Schulalltag wird farbloser. Unsere Zukunft auch“, schreiben sie.

Ich muß aus dem kleinen Bauwagen, den eine Firma aus Solidarität kostenlos hingestellt hat und der als Demo-Zentrale fungiert, in den Nieselregen hinaus, denn Enjoy-Radio und 3Sat-TV machen Interviews. Überhaupt ist das Presseecho enorm. Abends sammelt sich ein Fackelzug von Eltern, zu dem die ARGE (Arbeitsgemeinschaft von Elternräten an Gesamtschulen) aufgerufen hat. „Wir wollen mit einem Fackelzug die SchülerInnen begleiten und unterstützen. Den Abgeordneten der Bürgerschaft rufen wir zu: Hände weg von den Schulen! Hände weg von der Bildung! ... Gemeinsam sind wir stark. Lassen Sie uns gemeinsam deutlich machen: Wir werden es nicht zulassen, daß an der Bildung unserer Kinder gespart wird! Keine Kürzungen im Bildungsbereich! Wir werden keine Ruhe geben, bis Kürzungspläne im Bildungsbereich vom Tisch sind!“, heißt es im Aufruf der ARGE. Auch die GEW

unterstützt die Schüleraktion. Überhaupt sind in diesem Jahr die Proteste gegen die Haushaltskürzungen besonders zahlreich: Im Gesundheitswesen (Hafenkrankenhaus), bei der Feuerwehr, gegen die Schließung von öffentlichen Bücherhallen. 5000 Eltern haben, organisiert von ÖTV und GEW, per Unterschrift gegen die Kürzungen bei den Kitas protestiert. Diese Protestunterschriften wurden der zuständigen Senatorin Raab in der letzten Woche übergeben. 3000 Protestunterschriften von LehrerInnen sammelte das Gymnasium Tonndorf.

Am Donnerstag letzter Woche übergaben als Weihnachtsmänner verkleidete LehrerInnen Frau Raab Ruten auf der Deputationssitzung, die mit den Stimmen von CDU, SPD und GAL die umstrittene Überstundenregelung für LehrerInnen beschloß. „Weil nicht genug Geld in der Kasse ist, müßten die LehrerInnen eben bei Bedarf Überstunden leisten“, so der stellvertretende Landeschulrat Schmitz zu den Demonstranten vor der Schulbehörde. Vor wenigen Wochen protestierten die Gesamtschuleltern, -lehrerInnen und -schülerInnen vor der SPD-Parteizentrale, dem Kurt-Schumacher-Haus, weil die SPD ihr Reformkind Gesamtschule sichtbar erdrosselt. Eine Woche zuvor demonstrierten Volkshochschullehrer gegen den Verkauf eines VHS-Gebäudes und gegen Kürzungen.

Ungerührt und mit der Arroganz der Regierenden beschlossen die 120 Bürgerschaftsabgeordneten den Landeshaushalt 1999 in Höhe von 18,51 Mrd. DM. Es ist ein rigider Kürzungshaushalt: 1200 Planstellen fallen weg. Zuschüsse zum öffentlichen Nahverkehr sinken, bei den Kindergärten werden 27 Mio. DM gekürzt. Auch bei der Feuerwehr, den Bücherhallen, der Kultur – Kürzungen über Kürzungen. Für 1,4 Mrd. DM werden städtische Gebäude verkauft und anschließend zurückgeleast. Obwohl die Anzahl der SozialhilfeempfängerInnen in Hamburg als Folge der Arbeitslosigkeit ansteigt, soll der Sozialhilfeeinsatz gleichbleiben. Obwohl bis zum Jahr 2001 die Schülerzahlen in Hamburg ansteigen, sollen die PädagogInnenplanstellen nicht vermehrt werden. Den protestierenden Eltern, SchülerInnen, Volkshochschülern und Bücherhallenbenutzern klingt der Kernsatz der Haushalts-Einbringungsrede von Bürgermeister Runde wie Hohn in den Ohren: „Hamburg ist fit für das nächste Jahr und für das nächste Jahrhundert.“ Realistischer, aber längst nicht ausreichend und schon gar nicht alternativ, sind die mahnenden Randbemerkungen der Grünen Fraktionschefin Antje Möller in der Debatte, Bonn möge nun endlich mehr Geld für die Kommunen und Länder herausrücken.

Erfreulich also, daß die Betroffenen für ihre Interessen selber eintreten und lauthals öffentlich protestieren.

Horst Bethge, Bildungspolitischer Sprecher der PDS

„Bedrohungs empfinden“ schüren oder abbauen?

WEINHEIM. In Weinheim an der Bergstraße wurde durch Polizei und Stadtverwaltung eine Fragebogen-Aktion vorbereitet und öffentlich vorgestellt. Damit sollten Befindlichkeiten über die „Sicherheitslage in Weinheim“ abgefragt werden. Die danach sofort einsetzende öffentliche Diskussion hat dazu geführt, daß der Bogen erst mal eingestampft wird. Die Schülerschaft eines Gymnasiums hatte diese Diskussion rasch begonnen, die christlichen Kirchen, Pfadfinder, Koordinierungsbeirat der ausländischen Menschen in Weinheim, Arbeitskreis Asyl, DGB, Einzelpersonen und auch GemeinderätInnen von SPD und GAL haben sie engagiert geführt. Dazu ein Bericht aus dem Lokalblatt „Gegenwind“.

Seit über 30 Jahren leben und arbeiten sie in Weinheim, zahlen Steuern und Abgaben. Am Morgen des 5. November fanden sie sich auf einem Fragebogen wieder zur „Sicherheitslage in Weinheim“, als Bedrohungsfaktor für die Bürger und Bürgerinnen Weinheims und als ein „Problem zum Ankreuzen“, aufgezählt mit „Schmutz und Müll“. Empört und gekränkt versuchten die ausländischen Mitglieder des „Koordinierungskreises zur Integration von Ausländern“ stellvertretend für ihre Landsleute beim Oberbürgermeister dagegen zu protestieren, gelangten aber nur bis zum Vorzimmer. Während indessen der Oberbürgermeister in Cavaillon mit einer Weinheimer Delegation die 40jährige Städtepartnerschaft als Ausdruck der Freundschaft mit unseren französischen Nachbarn feiern konnte, formierte sich zu Hause der Widerspruch.

Widerspruch formiert sich

Die SchülerInnen eines Gymnasiums beschlossen auf einer Vollversammlung, die für sie vorgesehene Verteilung der Fragebögen auszusetzen, empört über die Frage, ob es in den Weinheimer Stadtteilen „zu viele Ausländer/Asylbewerber“ gäbe. Sie forderten eine öffentliche Stel-

Offener Brief der AG christlicher Kirchen Weinheim

„Wir sind besorgt über die Umfrage zur Sicherheitslage in Weinheim... Da werden z.B. Personengruppen als Problem dargestellt. Wir empfinden es empörend, daß dabei AusländerInnen und AsylbewerberInnen als Gesamtgruppe in einer Reihe stehen mit Sachverhalten wie Schmutz und Müll oder Zerstörungen. Wir sehen in einem solchen Fragebogen eine pauschale Stigmatisierung, der sich

lungnahme von den Verantwortlichen der Umfrage, einstimmig unterstützt vom Schulelternbeirat ihres Gymnasiums.

Der Arbeitskreis christlicher Kirchen in Weinheim äußerte sich in einem offenen Brief an den Oberbürgermeister besorgt über die suggestive Diffamierung und Stigmatisierung der durch den Fragebogen betroffenen Personengruppen.


Leserbriefe und Pressemitteilungen wurden geschrieben. Dies alles sowie die Einwände des Koordinierungskreises und des Arbeitskreises Asyl, aber auch die von Parteien (SPD und Grüne) und Einzelpersonen mit deutschem Pass, bewogen den Oberbürgermeister für den Abend des 12. November Kritiker zur öffentlichen Aussprache einzuladen.


Aussprache mit dem OB

Zu Beginn der dreistündigen Aussprache erläuterten der OB und vier Vertreter der Polizei, darunter der verantwortliche Wissenschaftler des Kriminologischen Instituts der Universität Heidelberg, Geschichte und Absicht des Fragebogens. Dieser ist eine mehrmals reduzierte Version einer vom baden-württembergischen Innenminister 1994 initiierten Befragung zur Kriminalprävention. Die in der Diskussion von den auf vielfache Wei-

die Betroffenen nicht entziehen können. Wir sind zutiefst besorgt über die Art der Fragestellung, weil sie Vorurteile unter dem Mantel wissenschaftlicher Erhebung und Analyse eher mobilisiert und damit den inneren Frieden gefährdet... Diese Aktion trifft uns in Tagen des Gedenkens an die unheilvollen Vorgänge im Dritten Reich. Auf diesem historischen Hintergrund bitten wir, den Fragebogen gründlich zu überarbeiten, um damit einer möglichen Ausgrenzung frühzeitig und entschlossen entgegenzutreten.

H. Blöchle, Dr. A. Schäfer





In einem Stadtteil oder einer Gemeinde können verschiedene Probleme auftauchen. Wie ist das in ihrem Stadtteil? Kreuzen Sie bitte für jeden hier aufgeführten Punkt an, inwiefern Sie das in Ihrem Stadtteil heute als Problem

Kein Problem	Zunehmendes Problem	Geringes Problem	Großes Problem
--------------	---------------------	------------------	----------------

Große Kreisstadt Weinheim

DIE SICHERHEITSLAGE IN WEINHEIM

BÜRGERINNEN UND BÜRGER SAGEN IHRE MEINUNG

Sich langweilende/nichtstuernde jugendliche	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Heruntergekommen und leerstehende Gebäude	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fliegende Händler, Haustürgeschäfte	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
zerstörte Telefonzellen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Drogenabhängige	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Betrunkene	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Besprühte/beschmierte Hauswände	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Schmutz und Müll in den Straßen oder Grünanlagen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Undiszipliniert fahrende Autofahrer:innen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Zu viele Ausländer/ Ausländerinnen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ausländerfeindschaft/ Rechtsradikalismus	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Diebstahl, Sachbeschädigung, Gewalt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Falsch oder behindernd parkende Autos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Evt. sonstige Probleme in <u>ihrem</u> Stadtteil	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>


<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Rückgabe bitte bis 30. September 2008

an:

- ☐ Polizeirevier Weinheim
- ☐ Rathaus und Bürgerbüro Stadt Weinheim
- ☐ Alle Verwaltungsteilen
- ☐ Alle Banken und Sparkassen
- ☐ Stadtbibliothek

1 In welchem Stadtteil wohnen Sie?



- ☐ Hohenesschen
- ☐ Mühlwäldchen
- ☐ Oberröckchen
- ☐ Rippensweiler
- ☐ Ritschweiler
- ☐ Sulzbach

se betroffenen Personen geäußerte politische und methodische Kritik hatte am Ende die Rücknahme des Fragebogens zum Ergebnis – nicht aus Einsicht in die Einwände, sondern weil dessen Effektivität für die Verantwortlichen nach der Kritik nicht mehr gewährleistet war.

Sie haben nicht begriffen, dass die Methodenfrage und -wahl auch einen zutiefst menschlich-politischen Aspekt berührt, weil sie nicht erkennen konnten, dass ihre Adressaten, die Bevölkerung Weinheims, Bürger mit deutschem und nicht-deutschem Pass umfaßt; dass sie den „ausländischen“ Anteil der Bewohner unserer Stadt suggestiv ausgrenzen und die Menschen beleidigen, wenn sie mit Sachbeschädigungen in einer Befragungsreihe aufgezählt werden.

Die Wissenschaftler waren offensichtlich nicht in der Lage, ihre vormethodische Position in Ausländerfragen zu reflektieren, weil ihnen auch in der bewegt geführten Aussprache nicht zu vermitteln war, dass sie mit ihren Fragen genau das irrationale ausländerfeindliche Bedrohungspotential aufbauen, das zu bekämpfen sie vorgeben.

Thema in der Kommune!

Mit dem Hinweis auf das Jugendhilfegesetz wurde der Lenkungsausschuss für Kommunale Kriminalprävention von den anwesenden GemeinderätInnen aufgefordert, Prävention nicht allein der Polizei zu überlassen, weil Prävention genuine Aufgabe und Verantwortung der Organe der Kommune, besonders des Jugendhilfeausschusses ist

Am Ende entschuldigte sich Oberbürgermeister Kleefoot sichtlich emotional berührt von den Irritationen, die er selbst wie die Betroffenen in der Auseinandersetzung ertragen haben, bei den ausländischen Mitbürgern.

Erwerbslosenparlament fordert „öffentlichen Beschäftigungssektor“

Bereits am 30. Oktober trafen sich in Mecklenburg-Vorpommern Vertreter/innen von Arbeitslosengruppen, Gewerkschaften und andere zu einem „Erwerbslosenparlament“. Die PDS-Zeitung „Offenes Blatt“ veröffentlichte jetzt die „Willenserklärung“ dieses Erwerbslosenparlaments. Darin heißt es u.a.:

„Wir haben heute unsere Vorstellungen zur spürbaren Senkung der Arbeitslosigkeit, insbesondere durch die Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS) dargelegt.

Wir verstehen den ÖBS als eine Zukunftsinvestition, der neben der Privatwirtschaft und dem öffentlichen Dienst ein neues Element auf dem ersten Arbeitsmarkt ist.

Er soll sich ausschließlich an gemeinnützigen Zielen und am Gemeinwohl orientieren. Hier soll die Arbeitskraft, die Kreativität des Menschen im sozialen, ökologischen und kulturellen Bereich durch sinnvolle Arbeit eingebunden werden.

Wir fordern, daß soziale, kulturelle und ökologische Projekte nicht durch befristete personelle Einzelmaßnahmen, sondern durch aufgabengbezogene Fördermittel finanziert werden.

Der ÖBS kann und soll die dauerhafte Erfüllung der gesellschaftsnotwendigen Aufgaben sichern und zugleich feste Arbeitsverhältnisse schaffen. Wir fordern die Finanzierung von Arbeit statt Arbeitslosigkeit.

Wir geben dem neu gewählten Parlament 100 Tage Zeit ... Zugleich erklären wir unsere Bereitschaft, aktiv an der Ausarbeitung der entsprechenden Gesetzesvorlagen mitzuarbeiten. Dafür gründen wir einen Erwerbslosenbeirat ...“ (*Offenes Blatt*, Dez. 98)

Protest gegen neue REP-Zentrale in Berlin

Mehrere hundert Menschen protestierten am 15. Dezember mit einer Kundgebung im Berliner Stadtteil Pankow gegen die neue Bundeszentrale der neofaschistischen „Republikaner“. Die Partei hat sich einen Mietvertrag für das gesamte ehemalige Gartenhaus des jüdischen Fabrikanten Garbáty verschafft und will dort ihre Bundesgeschäftsstelle und den Landesverband Berlin unterbringen. Die Nachkommen des bei der „Arisierung“ um seinen Besitz gebrachten Fabrikanten hatten vor einiger Zeit sich mit einer geringen Entschädigung abgefunden. Das Haus war vor kurzem an einen Berliner Zeitarbeitsfirmen-Besitzer verkauft worden. Dessen Frau sitzt anscheinend im Bundesvorstand der Republikaner. Als „unerträglichen Zynismus und eine Ver-

Mecklenburg-Vorpommern

PDS-Fraktion beriet mit dem „Ratschlag gegen Rechts“

„Polizeiskandal in Mecklenburg-Vorpommern. Auftritte rechtsextremer Bands und Liedermacher nicht verhindert“, meldeten am 11.12. der Berliner „Tagesspiegel“ und andere Zeitungen. Mehrere neofaschistische Bands hatten bei Skinhead-Konzerten unbehelligt von der Polizei ihre Hetze verbreiten können, die bis zu 600 Skinheads die Bevölkerung eingeschüchtert, ohne daß die Polizei einschritt. Nach Protesten schritt die Polizei dann beim nächsten Konzert ein und löste es auf. Hier ein Beitrag des Sprechers für Antifaschismus der PDS-Fraktion im Landtag zur Diskussion in Mecklenburg-Vorpommern um diese Fragen.

„Bekämpfung des Rechtsextremismus“. Unter dieser Überschrift finden sich im Koalitionsvertrag zwischen SPD und PDS in Mecklenburg-Vorpommern drei Punkte, die den Willen der Koalitionspartner ausdrücken, die Zurückdrängung von rechtsextremem, neofaschistischem und ausländerfeindlichem Gedankengut als politische Querschnittsaufgabe zu verstehen und ihr hohe Priorität beizumessen.

Vor dem Hintergrund, daß im Land am 13. Juni 1999 nicht nur die Europawahlen, sondern auch die Kommunalwahlen stattfinden und rechtsextreme Parteien und Gruppierungen somit nahtlos vom Landtagswahlkampf zum Kommunalwahlkampf übergehen können, gibt es also keinen Grund, mit der Umsetzung der Festlegungen des Koalitionsvertrages nicht sofort zu beginnen. Diese politische Absichtserklärung bleibt aber eine Absichtserklärung, wenn es nicht gelingt, Menschen „vor Ort“ zu sensibilisieren und zu mobilisieren.

Aus diesem Grund trafen sich Vertreter der PDS-Landtagsfraktion und Vertreter des „Ratschlages gegen Rechts“, um über weitere gemeinsame Schritte nachzudenken. Die in der Koalitionsverhandlung (noch) gescheiterte Einrichtung eines „Zentrums für Demokratische Kultur“ spielt dabei genauso eine Rolle, wie die notwendige Aufklärungsarbeit unter Jung- und ErstwählerInnen im Hinblick auf die in Gang gebrachte Herabsetzung des Kommunalwahlalters auf 16 Jahre.

Auch wenn die zur Zeit nicht stattfindenden Aufmärsche der Rechten das Bild einer „gewissen Ruhe“ vermitteln, lebt die rechtsextreme Szene. Mehrere Skinhead-Konzerte „lockten“ hunderte Besucher in zumeist kleine Gemeinden. Nach „Deutschland den Deutschen“ und ähnlichen Parolen wurde das mir zuletzt bekannt gewordene „Konzert“ am 12.12. von der Polizei aufgelöst. Ich vermute, daß das nächste „Konzert“ nicht lange auf sich warten läßt.

Was bleibt, ist ein wiederholter Appell an Wirte und Pächter, bei „privaten Geburtstagsfeiern“ mit hundert Leuten und mehreren Bands nicht nach „wirtschaftlichen Gründen“ zu entscheiden, sondern vorher zu prüfen, anstatt nachher zu bedauern.

Auch im Landtag schien ein Überlegungsprozeß eingesetzt zu haben. „Die Gedenkstättenarbeit im Land Mecklenburg-Vorpommern ist weiterhin auf hohem Niveau zu unterstützen. Dabei ist zu prüfen, inwieweit der Besuch von Gedenkstätten durch alle Schulklassen des Landes Mecklenburg-Vorpommern obligatorisch werden kann.“ Dieser Satz

höhung aller von den Nazis verjagten und ermordeten Juden“ bezeichneten auf der Kundgebung Vertreter der SPD, der PDS, der jüdischen Gemeinde und andere, daß nun diese Villa zum „Sammelpunkt rechtsextremistischer Aktivitäten“ werde. Die Mehrheit der Abgeordneten im Berliner Abgeordnetenhaus, Bezirksvertreter, Schüle-

rinnen und Schüler und viele andere haben gegen die Nutzung der Villa durch die „Republikaner“ protestiert. Die Reps wollen den PDS-Baustadtrat in Pankow wegen „Nötigung, Bedrohung und Verletzung datenschutzrechtlicher Bestimmungen“ verklagen, ebenso den Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Berlin, Nachama. (rül)



stammt aus einem Antrag der letzten Landtagssitzung. Einreicher: CDU.

Ja, ich mußte, nachdem ich diesen Punkt gelesen hatte, noch einmal nachsehen, wer der Einreicher ist. Sind es die harten Oppositionsbänke, die die CDU zu diesen Erkenntnissen unter der Überschrift „Bekämpfung des politischen Extremismus“ gebracht haben? Einen Augenblick habe ich mir vorgestellt, wir hätten in der letzten Legislaturperiode einen Antrag zum obligatorischen „Besuch von Gedenkstätten“ gestellt. Die Worthülse vom „verordneten Antifaschismus“ wäre noch das geringste gewesen, was uns die CDU entgegengesleudert hätte!

Nun gut. Schaut man sich den Antrag dann genau an, wird die Zielrichtung schnell klar: „Der Einsatz für die Akzeptanz des parlamentarischen Regierungssystems schließt den Kampf gegen politischen Extremismus von links und rechts (man beachte die Reihenfolge – P.R.) ein.“

Diese Feststellung reiht sich ein in die Bemerkungen der Herren Hintze und Hauser, die noch im Sommer meinten, nicht der Rechtsextremismus ist die eigentliche Gefahr, sondern der Linksextremismus, sprich: die PDS.

Auch in ihrer eigenen Wahlanalyse kommt die CDU noch nicht zu den Erkenntnissen, die sich hinter dem Antrag vermuten lassen.

Herr Rehberg stellt fest, daß die CSU in Bayern vorgemacht habe, „daß man mit einer stringenten Politik in den Bereichen Innere Sicherheit, Rechtspolitik, Ausländer- und Asylrecht gute Wahlergebnisse erreichen und auch Wähler des rechten Randes binden“ könne.

Will man so „politischen Extremismus“ bekämpfen? Kurz vor der Behandlung des Antrages stellte der abgewählte Herr Seite fest, daß man etwas bei der „Revolution 1989“ versäumt habe (den Einsatz des Flammenwerfers?) und daß die neue Regierung eine „nationale Schande“ sei.

Ist das kein politischer Extremismus? Aus Sicht der CDU sicher nicht, denn gegen die Äußerungen Seites hat sich noch keiner seiner Parteifreunde ausgesprochen.

Alles in allem bleibt so ein fader Nachgeschmack bei diesem CDU-Antrag, der die wahren Gefahrenpotentiale und deren Ursachen nicht benennt. So ging dann auch ein Änderungsantrag von PDS und SPD der CDU schon zu weit (– was die Rolle des „Verfassungsschutzes“ angeht, allerdings nicht weit genug), so daß die CDU ihren Antrag zurückzog.

Es bleibt aber die Hoffnung, daß auch die CDU im bevorstehenden Kommunal- und Europawahlkampf Farbe bekennen und sich in die „Bündnisse gegen rechts“ einreihet. Nur so werden aus „neuen Erkenntnissen“ auch konkrete Taten.

Peter Ritter ist Sprecher für Antifaschismus der PDS-Landtagsfraktion.

KOMMUNALE POLITIK

NOCH MEHR VERKEHR?

Elmshorn. Die Stadt bezeichnet bei den Parkgebühren sinkende Einnahmen.

Waren es 19967 noch 849 000 DM, so sollen es 1998 nur noch 700 000 DM werden. Um die Verwaltungskosten zu senken, und die Innenstadt für die Käufer noch attraktiver zu machen, verhandelt die Stadtverwaltung mit den Geschäftleuten über eine Parkgebührenerstattung bzw. eine Pauschale für kostenloses Parken von 500 000 DM an die Stadt. Damit sollen dann alle Probleme gelöst werden. Die Stadt kassiert und kann sich zurücklehnen. Aber denkste! Die Belastbarkeit im Straßenverkehr überschreitet in Stoßzeiten schon jetzt die Grenzen. Ein Mehr an Autoverkehr ist kaum noch möglich. Die Folge: noch mehr verstopfte Straßen, blockierte Kreuzungen und ein vorprogrammiertes Verkehrschaos. Als Alternative bieten die WEG/Die Grünen in ihrem Leitbild „Stadt der kurzen Wege“ eine Grundlage für eine Diskussion über eine bessere Innenstadtgestaltung.

„SAUBERE INNENSTADT“: *Frankfurt a.M.* OB Roth und Polizeipräsident Hoffmann heizen die Stimmung gegen sog. Randgruppen und für verschärftes Vorgehen gegen diese weiter an. In ihrem öffentlich geäußerten Bedauern darüber, daß die Gefahrenabwehrverordnung nicht durchgesetzt werden konnte, geben sie gleichzeitig zu, daß es nicht gegen konkrete Straftaten gehe, sondern gegen das „Schmuddelbild“, das die Innenstadt biete. In diesem Zusammenhang soll z. B. die Polizei gegen Alkoholkonsumenten auf der Straße eingesetzt werden. Nach einem Urteil des Baden-Württembergischen Verwaltungsgerichtshofes ist ein Alkoholverbot im öffentlichen Raum jedoch rechtswidrig. Alkoholkonsum verstoße weder gegen die öffentliche Sicherheit, noch gegen die öffentliche Ordnung. LOBBY fordert dementsprechend die sofortige Einstellung der bereits jetzt gängigen Maßnahmen des Ordnungsamtes gegen Wohnungslose oder andere Personen, die Alkohol außerhalb der ausgewiesenen Schankflächen konsumieren.

GEWERBESTEUER: *Bonn.* NRW-Ministerpräsident Clement und Bundeskanzler Schröder haben sich darauf verständigt, bei der Gewerbeertragssteuer Entlastungen für kleine und mittlere Unternehmen einzuführen. Dazu soll der Freibetrag auf dann 96 000 DM verdoppelt werden. Die entstehenden Steuerausfälle von 2 Mrd. DM jährlich sollen den Kommunen von Bund und Ländern erstattet werden.

STEUERREFORM: *Bonn.* Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände befürchtet durch die Steuerreform

form Mindereinnahmen von 1,5 bis 2 Mrd. DM im Jahr. Bereits durch die Kindergeldanhebung ab 1999 entstehen den Kommunen Steuerverluste von mindestens 700 Mio. DM, da Bund und Länder einen Ausgleich durch die Anhebung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer von derzeit 15 % verweigerten. Auf ebenfalls 700 Mio. DM werden die Einbußen durch den Wegfall der Pauschalbesteuerung von 620-DM-Jobs geschätzt. Auch dieser Betrag müsse ausgeglichen werden. Die Vereinigung warnte zugleich vor einer weiteren „Demonstration der Gewerbesteuer“ im Rahmen der geplanten Unternehmenssteuerreform. Die Kommunen müßten an der vorbereitenden Kommission beteiligt werden.

INFRASTRUKTUR: *Berlin.* Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) befürchtet angesichts rückläufiger kommunaler Investitionen in die ostdeutsche Infrastruktur nachhaltige Verwerfungen im ostdeutschen Aufbauprozeß. Von 1992 bis 1997 seien die jährlichen Infrastrukturausgaben der Kommunen von 18,7 auf 13,3 Mrd. DM zurückgegangen. Dabei lasse sowohl die Quantität als auch die Qualität der ostdeutschen Infrastrukturausstattung zu wünschen übrig. Der Rückgang sei vor allem durch die Bedrohung der kommunalen Schuldendienstfähigkeit ausgelöst worden. Abhilfe könnte nach Auffassung des IWH eine Änderung in der Struktur der Förderpolitik. Zum einen solle die Förderung mittels zweckgebundener Investitionszuweisungen an die Bereiche Straßeninstandsetzung und Straßenbau konzentriert werden. Alle übrigen Zuweisungen und Zuschüsse sollten dagegen zur freien investiven Verwendung an die Kommunen gegeben werden.

BÜNDNIS FÜR ARBEIT: *Wuppertal.* Der Kommunale Arbeitgeberverband NRW (KAV NW) und die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) haben das zwischen der Stadt Wuppertal und der ÖTV geschlossene kommunale Bündnis für Arbeit angegriffen. Sie warfen der Stadt „eklatanten Bruch der Arbeitgebersolidarität“ vor und leiteten ein Ausschlussverfahren aus dem Verband ein. Grund ist die enthaltene Vereinbarung, daß öffentlich geförderte Beschäftigung auf der Grundlage der Bundesmanteltarifverträge erfolgen soll, m. a. W.: Tariflohn für ABM-Kräfte. Dies will die Stadt auch garantieren, wenn die Refinanzierung nur unter Tarifniveau geschehe. ABM-Kräfte können ansonsten bis zu 20 % unter Tarif bezahlt werden. Eine tarifliche Entlohnung der ABM-Kräfte auf dem Niveau des öffentlichen Dienstes vernichte nach Ansicht der VKA Chancen für Arbeitslose. Oberbürgermeister Kremendahl und die ÖTV wiesen diese Vorwürfe zurück.

Zusammenstellung: ulj

DIENT NACH VORSCHRIFT

beim Orchester der Deutschen Oper: Erstmals mußte das Ballett der Deutschen Oper zu Musik vom Band tanzen. Die Oper „Salome“ konnte dagegen gar nicht aufgeführt werden. Der Grund: Senator Radunski hat einseitig beschlossen, die Medienpauschale für das Orchester ab 1.1.99 zu kündigen. Pro Monat verlieren die Musiker damit 800 Mark. Verärgert sind sie darüber hinaus, daß parallel die Musiker der Staatsoper Unter den Linden eine monatliche Gehaltserhöhung von 400 Mark erhalten.

Die Musiker machen deshalb Dienst nach Vorschrift. Hinzu kommt ein hoher Krankenstand. Normalerweise springen dann Musiker aus anderen Orchestern ein. Aus Solidarität ist jedoch keiner der gewerkschaftlich gut organisierten Musiker derzeit hierzu bereit. Ein einmaliger Vorgang, so die Presse.

Während die Kultursenatsverwaltung mit Konsequenzen droht, verweist der Vorsitzende der DOV-Gewerkschaft (Deutsche Orchester-Vereinigung) darauf, daß die Musiker im Sommer bereits angeboten hatten, auf 2/3 ihres Weihnachtsgeldes zu verzichten, wenn im Gegenzug die Medienpauschale nicht ganz, sondern nur um 50% gekürzt wird. Außerdem liegt der Entwurf für einen Tarifvertrag für sämtliche Orchester Berlins seit Juni vor, in welchem Aushilfsdienste der Musiker im Rahmen ihrer Arbeitszeit sogar unentgeltlich erbracht werden sollen. Senator Radunski gehen die Zugeständnisse der DOV jedoch nicht weit genug. *har*

STREIK IN CITIBANK-CALL-CENTERN. Mehrere hundert Beschäftigte von Call-Centern der Citibank im Ruhrgebiet legten am 8.12.1998 die Arbeit nieder. Aus dem Versuch von 200 protestierenden Gewerkschaftern aus Bochum und Duisburg, in der Citibank-Zentrale in Düsseldorf eine Resolution abzugeben, wurde allerdings nichts: Die Bank schloß die Türen und empfing niemanden. Hintergrund der Proteste sind Umstrukturierungen bei der Citibank. Allein in Bochum erhielten 450 Beschäftigte ihre Kündigung, mit der Maßgabe, sich doch in Duisburg zu bewerben. Unter dem Strich rechnet die Gewerkschaft HBV mit mehreren hundert Arbeitsplätzen weniger – zumeist 620 DM-Jobs. Die HBV fordert darüber hinaus tarifliche Regelungen. Bisher gibt es für kein einziges der ausgegründeten Call-Center einen Tarifvertrag, obwohl dieser Sektor von der rot-grünen Landesregierung doch massiv gefördert wird. *wof*

HANDELS-BESCHÄFTIGTE GEGEN LANGEN SAMSTAG. Mit den Stimmen von SPD und CDU, gegen die der Grünen hat der Stadtrat von Essen Ende November einen weiteren langen Samstag genehmigt. Am 2.1.1999 dürfen die Geschäfte in der Innenstadt bis 18 Uhr aufbleiben, um das Nach-Weihnachtsge-



Rund 14 000 Schüler, Studierende und Lehrer haben am 16.12.98 vor dem Potsdamer Landtag gegen die von der Landesregierung geplante Kürzung des Bildungsetats und Erhöhung der Pflichtstundenzahl für Grundschullehrer demonstriert. Neben den Gewerkschaften im öffentlichen Dienst und dem DGB riefen auch Landesschülerrat, Studentenrat und der Senat der Universität Potsdam zu dieser Kundgebung auf. Die GEW fordert den Rücktritt der Bildungsministerin Angelika Peter (SPD) und wird in dieser Forderung auch von der PDS Brandenburg unterstützt. Peter wird u.a. Wortbruch vorgeworfen. Lehrer in Brandenburg sind i.d.R. nur mit Teilzeitverträgen (60% der regelmäßigen Arbeitszeit) und erhalten darüber hinaus 86,5% des Westtarifs. Brandenburg ist bei den Bildungsausgaben absolutes Schlußlicht in der BRD. – (har)

schäft zu fördern. Da eine solche Sondergenehmigung mit einer Veranstaltung verknüpft sein muß, erfand die Verwaltungsspitze eine: Den Abschluß der diesjährigen „Essener Lichterwochen“. Betriebsräte und die Gewerkschaften HBV und DAG hatten schon vorher unter Verweis auf die ohnehin hohe Belastung der Beschäftigten protestiert. Auch der Hauptverband des Deutschen Einzelhandels hielt eine Genehmigung für ausgeschlossen. Die DAG bekräftigte ihre Kritik jetzt erneut. Der Kaufhof-Betriebsrat hält den Beschluß des Rates schlicht für rechtswidrig: „Wir verstehen nicht, welches öffentliche Interesse an der Beendigung der Lichterwochen besteht.“ *wof*

GEGEN NEUREGELUNG 620-DM-JOBS. Folgendes Protestschreiben veranlaßt die Frauensekretärin der IG Medien an Kanzler, Finanzminister, Arbeitsminister und Frauenministerin: Wir protestieren gegen die Neuregelung zur Geringfügigkeitsgrenze und fordern die Abschaffung sozial ungeschützter Teilzeitarbeitsverhältnisse

Sehr geehrte(r),
schon seit vielen Jahren fordern wir die Einbeziehung der geringfügig Beschäftigten in die Systeme der sozialen Sicherung mit allen Rechten und Pflichten. Mit der von der Bundesregierung vorgestellten Neuregelung rückt dieses Ziel in weite Ferne. Denn durch die geplante Neuregelung besteht für die Arbeitgeber auch weiterhin der gesetzliche Anreiz, sich Wettbewerbsvorteile auf Kosten der Betroffenen zu verschaffen. In der Fol-

ge, daß auch weiterhin Hunderttausende existenzsichernde Voll- und Teilzeitarbeitsverhältnisse in geringfügige Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt werden.

Unsere Kolleginnen und Kollegen hatten mit der Wahl der rot/grünen Bundesregierung auch erwartet, daß diese ein deutliches Signal gegen jeglichen Mißbrauch ungeschützter Arbeitsverhältnisse gesetzt hätte. Statt dessen sollen die Arbeitgeber die bisherige Pauschalsteuer nun in den Topf der Sozialkassen zahlen, ohne daß den Beschäftigten ein eigenständiger Anspruch auf Renten- und Arbeitslosenversicherung garantiert wird.

Insbesondere Frauen sind geringfügig beschäftigt. Mit der präsentierten Neuregelung rückt eine eigenständige Existenzsicherung der Frauen in weite Ferne. Sie befördert auf lange Sicht das Leitbild der dazu verdienenden (Ehe-)Frau. Das erste Machtwort des Bundeskanzlers Schröder ist gerade für die Frauen ein Schlag ins Gesicht. Denn vor allem Frauen waren es, die die neue Bundesregierung gewählt haben, in der Hoffnung auf mehr Chancengleichheit und Gerechtigkeit.

Wir fordern die Bundesregierung auf, die Geringfügigkeitsgrenze abzuschaffen. Statt Billiglöhne staatlich zu sanktionieren oder zu subventionieren fordern wir eine Beschäftigungspolitik, die es allen Menschen ermöglicht, einer existenzsichernden Erwerbsarbeit nachgehen zu können.

Zusammenstellung: alk, har

Aktionstag am 4. 12. Hafenarbeiter und Seeleute erfolgreich!

Die ÖTV sowie die ITF haben am 4. Dezember zu einem weltweiten Aktionstag gegen Billigflaggenschiffe aufgerufen. Motto war: „Billigflagge? Deregulierung? Nein, danke!“

Dieser Tag sollte an den ersten weltweiten ITF-Boykott erinnern, der in die Geschichte als „PANHONLIBCO-Boykott“ eingegangen ist und auf den Tag vor genau 40 Jahren lief. Er dauerte 4 Tage, und es wurden weltweit über 200 Schiffe bestreikt.

In einem Flugblatt forderte die ITF:

- Politische Maßnahmen zur Abschaffung des Billigflaggensystems
- Die Durchsetzung internationaler Sozial-, Sicherheits- und Umweltnormen auf allen Schiffen, unabhängig von der jeweiligen Flagge
- Die Achtung von Menschen und Gewerkschaftsrechten, wie z.B. das Recht, einer Gewerkschaft beizutreten, sowie das Recht auf Kollektivverhandlungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen
- Die Beendigung antigewerkschaftlicher Praktiken



In Hamburg hatten sich für den Aktionstag ca. 40 Aktivisten der ÖTV (Hafenarbeiter, Seeleute und Senioren) bereit erklärt, in Trupps Schiffe ohne ITF-Tarifverträge aufzusuchen und sie aufzufordern, einen solchen mit der ITF abzuschließen.

Am Schuppen 80 trafen sie bei der Hansa-Umschlagsgesellschaft auf die unter Zypern-Flagge fahrende „Rickmers Dalian“. Die Rickmers Linie ist eine Tochter der Hapag-Lloyd Reederei, die ihren Aktionären in diesem Jahr gerade erst wieder eine Erhöhung der Dividende von 15% auf 20% zugesagt hatte. Der überwiegende Teil der Besatzung waren philippinische Seeleute mit einer durchschnittlichen monatlichen Heuer von 300 US \$. Das Schiff befand sich technisch in einem sehr schlechten Zustand. Nachdem der britische Kapitän es abgelehnt hatte, mit der ITF einen Vertrag zu zeichnen, forderte Klaus Meyer von der ÖTV

gegen 11.00 Uhr die an diesem Schiff zur Arbeit eingeteilten Hafenarbeiter auf, das Beladen des Schiffes zu boykottieren. Dies wurde unter großem Medieninteresse (mehrere Fernsehteams waren vor Ort) dann auch in die Tat umgesetzt. Um 15.45 Uhr konnte dann das von großem Jubel begleitete Ergebnis bekanntgegeben werden. Der zypriotische Makler hatte sich verpflichtet, für dieses Schiff mit der ITF einen Vertrag zu zeichnen, der den Mannschaftsdienstgraden jetzt einen durchschnittlichen Verdienst von 1700 US \$ monatlich zusichert. Bei der Unterzeichnung der Besatzung durch den ITF Inspektor über diesen Erfolg bedankte sie sich mit Tränen in den Augen bei allen Unterstützern der Aktion für dieses schöne Weihnachtsgeschenk. Während dieser Aktion konnten in den deutschen Seehäfen für 12 Schiffe ITF-Verträge gezeichnet oder verlängert werden.

WN, Lokalberichte Hamburg

Öffentlicher Dienst

Große Tarifkommission beschließt Forderung

5,5 % mehr Einkommen, volles Weihnachtsgeld, mehr Ausbildungsplätze, Berücksichtigung der unteren und mittleren Einkommen, so lauten zusammengefaßt die Tarifforderungen der ÖTV für die kommende Tarifrunde, die am 29. Januar in Stuttgart beginnt.

So einheitlich wie das Abstimmungsergebnis von 115 Ja- zu 12-Neinstimmen für dieses Tarifpaket auch aussieht, um die einzelnen Bestandteile wurde teilweise heftig gestritten: Ein Antrag für Erhöhung der Forderung auf 6 % wurde „mehrheitlich“ abgelehnt, ein weiterer Antrag auf Konkretisierung eines Mindestbetrages wurde „mit großer Mehrheit“ abgelehnt. Die Forderung nach vollem Weihnachtsgeld (Zuwendung), das infolge des Einfrierens auf dem Stand von 1993 inzwischen 92,39 % im Tarifgebiet West und 69,30 % im Tarifgebiet Ost beträgt, wurde – gegen den Wunsch des geschäftsführenden Hauptvorstandes (gHV) – mit 64 zu 42 Stimmen aufgenommen.

Auch die Forderung zu den Auszubildenden geht über den ursprünglichen Vorschlag des gHV hinaus und spiegelt die Diskussion in den Bezirken wider, die fast einhellig die Bedeutung dieses Themas durch Aufnahme in ihre Forderungsempfehlungen betonten.

Ein trauriges Kapital ist wie immer die Auseinandersetzung um die Struktur der

Forderung. 9 von 16 Bezirken forderten die Stärkung der unteren und mittleren Einkommensgruppen durch Forderungen nach Mindest- oder Festbeträgen. Darunter waren große Bezirke wie Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen II. Trotzdem

gelingt es dem geschäftsführenden Hauptvorstand hier immer wieder, dieses Anliegen abzubügeln. Mit Argumenten wie dem, daß die Tabellenstruktur und damit das Lohngefüge gefährdet würde und „verhandlungsstrategisch äußerst problematisch“ sei, wird die bestehende Ein-

Dokumentiert: Der Beschluß der großen Tarifkommission

Forderungen zur Tarifrunde 1999 öffentlicher Dienst für die Tarifgebiete West und Ost

In den Tarifgebieten West und Ost werden die Löhne und Vergütungen der Arbeiterinnen, Arbeiter und Angestellten sowie die Orts- und Sozialzuschläge und Zulagen, die Ausbildungsvergütungen der Auszubildenden nach den Manteltarifverträgen für Auszubildende, die Ausbildungsvergütungen der Schülerinnen und Schüler in der Krankenpflege, Krankenpflegehilfe und Geburtshilfe, die Entgelte für Praktikantinnen und Praktikanten sowie der Ärztinnen und Ärzte im Praktikum ab 1. Januar 1999 um 5,5 % erhöht. Die Zuwendung ist wieder auf ein volles Monatsgehalt zu erhöhen. Bei der Erhöhung der Einkommen sind die unteren und mittleren Ein-

kommensgruppen besonders zu berücksichtigen.

Die Laufzeit der Tarifverträge beträgt 12 Monate.

Für mehr Ausbildungsplätze und Übernahme: Auszubildende, die in Ausbildungsberufen ausschließlich für den öffentlichen Dienst ausgebildet werden, werden in unbefristete Arbeitsverhältnisse übernommen. Auszubildende in anderen Ausbildungsberufen sowie Schülerinnen und Schüler in der Krankenpflege und Geburtshilfe sind befristet für 12 Monate in ein Arbeitsverhältnis zu übernehmen, sofern eine unbefristete Übernahme nicht möglich ist.

Die Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes sind ebenso wie die der Privatwirtschaft aufgefordert, jungen Menschen durch die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze eine berufliche Perspektive zu eröffnen. Die schließt die Übernahme nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung ein.

(Abstimmungsergebnis 115:12:2)

kommensspreizung im öffentlichen Dienst nicht nur aufrechterhalten, sondern weiter vergrößert. Daß dies nicht dem Willen der Mehrheit der ÖTV-Mitglieder, wohl aber dem der Tarifkommission entspricht, gehört zu diesem traurigen Kapitel.

Forderungen zur Arbeitszeit oder zur weiteren Anpassung des Tarifgebietes Ost an West standen aufgrund der Laufzeit der Tarifverträge nicht zur Diskussion. *har*

Augsburg

Fluglotsen streiken gegen Zweiklassenbezahlung

Am 14. Dezember haben die Fluglotsen der Regionalflughäfen erstmals einen Warnstreik durchgeführt, um ihre Forderung nach Gleichbehandlung mit den Kollegen aus der Deutschen Flugsicherung (DFS) durchzusetzen.

Da gesetzlich vorgeschrieben ist, daß Fluglotsen nur bis zum 57. Lebensjahr arbeiten dürfen, bekommen die DFS-Lotsen ihr Gehalt nach dem Ausscheiden bis zum Rentenbeginn in Höhe von bis zu 75 Prozent weiterbezahlt. Die Lotsen der Regionalflughäfen werden dagegen auf die Arbeitslosenunterstützung verwiesen. Seit vier Jahren nun kämpfen sie gegen diese Ungleichbehandlung (u.a. auch für eine gleiche – bezahlte – Pausenregelung wie im Tarifwerk für die DFS). In Augsburg konnte sich nur einer von acht Lotsen an dem eineinhalbstündigen Ausstand beteiligen, da er der einzige ist, der nach Bund/Länder Besoldungstarif bezahlt wird. Die anderen sieben Lotsen konnten ihn nur unterstützen, da sie von der Augsburger Flughafen AG bezahlt werden, die nicht im Arbeitgeberverband ist. Sie haben auch noch einen weiteren Grund, diesen Kampf zu verstärken, da ihre Gehälter um ca. 1000 Mark monatlich unter denen nach Bund/Ländertarif Bezahlten liegen. Der Chef der Augsburger Flughafen AG – der ehemalige erste Bevollmächtigte der IG Metall Augsburg, Arthur Fergg – erklärte gegenüber der AZ, dieser Streik habe im Flugverkehr des Augsburger Flughafens keine negativen Folgen gehabt. Laut Mitteilung des Sprechers der DAG Augsburg, Ludwig Riedel, stimmt das so nicht. Immerhin sei durch den kurzen Streik dieses einen Lotsen bei einem Flug eine 17minütige Abfertigungsverzögerung eingetreten, was für den Augsburger Flugplatz eine erhebliche Verspätung sei. Wenn es zwischen der DAG und den Kommunal- bzw. Landes/Bundes-Arbeitgebervertretern wieder zu keiner Einigung kommt, dann wird laut Riedel als nächstes eine Urabstimmung über einen Streik durchgeführt. *jol*

Aus der oppositionellen Betriebszeitung „Klärwerk“

Neues Entlohnungssystem im Daimler-Werk Untertürkheim – gut für wen?

Seit mehr als zwei Jahren will die Firma ein neues Lohnsystem für alle Leistungslöhner im Werk Untertürkheim einführen. Vorrangiges Ziel der Werkleitung dabei ist es, den festen Verdienstgrad (in den meisten Abteilungen 105%) abzuschaffen und innerhalb der Gruppe eine unterschiedliche Entlohnung von 102% bis 108% durchzusetzen. Der Durchschnitt soll zwar bei 105% liegen, das heißt aber: für jeden, der 108% kriegt, muß es auch einen geben, der auf 102% gedrückt wird.

Nasenprämie

Die Entscheidung, wer wie eingestuft wird, soll der Meister treffen. Schon im Zeitlohn wird diese Methode als „Nasenprämie“, willkürlich und somit als äußerst ungerecht empfunden. Als Köder für dieses Lohnmodell stellt die Firma eine Sonderzahlung für Produktivitätssteigerungen in Aussicht – einen Centerbonus. Von dem weiß allerdings keiner sicher, wie hoch er denn sein wird.

Endlich die Betroffenen fragen

Der Gesamtbetriebsrat hat als Gegenleistung für die einmalige Sonderzahlung von 200 Mark bereits die Zusage gemacht, bis Anfang '99 auf Basis der bisherigen Verhandlungen im Werk Untertürkheim ein Pilotprojekt zu starten. Wir haben mehrfach in der IGM-Betriebsratsfraktion dazu aufgefordert, endlich eine breite Diskussion mit der Belegschaft zu beginnen. Es darf einfach nicht mehr sein, daß die Betroffenen als letzte erfahren, was auf sie zukommt.

Umstritten bei den IG-Metall-Betriebsräten

Einige BR-Kollegen würden die individuelle Differenzierung des Monatslohns zwischen 103% und 107% akzeptieren, weil die Firma bisher sagt: „Ohne individuelle Differenzierung – kein Centerbonus!“

Wir dagegen sagen: Eine Extrazahlung für erbrachte Hochleistung steht uns sowieso zu! Betriebsrat und Belegschaft gemeinsam haben Mittel genug, um dafür Druck aufzubauen.

Lohnkarotte kontra Gruppenarbeit

Eine Differenzierung im Monatslohn lehnen wir aus folgenden Gründen entschieden ab: Ein wesentlicher gewerkschaftlicher Grundgedanke bei Gruppenarbeit, nämlich der Schutz der Schwächeren durch die Stärkeren, droht sonst einem egoistischen Vorteilsdenken zu weichen. Die Konkurrenz in der Gruppe wird verschärft, solidarisches gemeinsames Handeln massiv gefährdet.

Ein sehr wesentlicher Punkt beim Ab-

schluß der REZEI-Vereinbarung war die Absicherung des Standardlohns für alle Gruppenmitglieder in seiner heutigen Höhe.

Auch bei zukünftigen Vereinbarungen muß Leistungsbegrenzung und Schutz vor (Selbst)ausbeutung unser Ziel sein. Ein Herabsetzen des Verdienstgrads auf 103% bei gleichzeitiger „Chance“ für einige auf 107% würde genau das Gegenteil bewirken!

Deshalb fordern wir:

Für die heute erbrachte Mengenleistung muß auch zukünftig der heute bezahlte Verdienstgrad abgesichert bleiben. Eine Öffnung nach unten muß dauerhaft ausgeschlossen werden.

Für die von der Belegschaft ständig erbrachte Hochleistung wollen wir einen zusätzlichen Bonus. Ziel: ein für alle gleicher DM-Betrag!

Eine ungleichmäßige Verteilung des zusätzlichen Bonus darf nur mit Zustimmung der Kollegen/innen vereinbart werden. In diesem Fall müßte aber der größere Teil des Bonus für alle gleich bezahlt werden. Schließlich trägt jeder etwas zum Erfolg bei.

Als Ergebnis von Verhandlungen darf nur ein neues Lohnsystem stehen. Verschiedene Pilotprojekte im Werk mit unterschiedlichen Lohnregelungen sind generell abzulehnen. Dies schwächt nur die Möglichkeit für gemeinsames Handeln.

Sollte auf dieser Grundlage auf dem Verhandlungsweg keine Einigung mit der Werkleitung möglich sein, sollten die Verhandlungen beendet werden.

Für diesen Fall sollten wir uns darauf rückbesinnen, daß die Mobilisierung der Belegschaft immer noch am ehesten zum Ziel führt!



Den obigen Artikel entnehmen wir dem „Klärwerk“, herausgegeben von IG-Metall-Betriebsräten bei DaimlerChrysler Untertürkheim. In Abgrenzung zur „Erfolgskurszeitung“ der Werkleitung sowieso, aber auch zum „Scheibenwischer“, der „nur noch Sprachrohr von Helmut Lenses Mehrheit im Untertürkheimer Betriebsrat“ sei und der keine kritischen Gegenstimmen von IG Metallern mehr zu Wort kommen läßt, will das „Klärwerk“ schnelle und unzensierte Informationen bringen, „in trüber, undurchsichtiger Brühe wieder den Durchblick“ herstellen.

Mit Spatzen auf Kanonen

Von Hans-Peter Bordin

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe verhandelte dieser Tage mehrere Verfassungsbeschwerden gegen den § 13 des Verbrechensbekämpfungsgesetzes, eingereicht von einigen Juristen, der taz und dem Hamburger Strafrechtsprofessor Köhler.

Darin hat der Gesetzgeber 1994 dem Bundesnachrichtendienst (BND) die Aufgabe übertragen, die nach § 3 G10-G (Fernmeldegesetz) einzig diesem Auslandsnachrichtendienst zustehende Fernmeldeüberwachung zwischen Deutschland und dritten Staaten, so weit die Bundeswehrplanung reicht, nicht nur mehr zur Abwehr eines Angriffskrieges, sondern auch zur Bekämpfung „neuer Gefahren“ einzusetzen, sprich: die Überwachung auf bestimmte Gebiete schwerer Straftaten auszuweiten, um ihre Ergebnisse weiterzugeben an die Strafverfolgungsbehörden.

Die Beschwerdeführer sehen damit in besonderer Weise die Pressefreiheit und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung verletzt. Die Sachverständigen sehen darin eine Verletzung des Trennungsgabotes zwischen Polizei und Geheimdiensten, weil der BND damit zum verlängerten Arm der Strafverfolgungsbehörden werde, die mit der Verfügung über Kompetenzen des BND die Fähigkeit zur verdachtsunabhängigen Überwachung der Kommunikationswege erlangten.

Das BVerfG hatte schon 1995 in einer einstweiligen Anordnung die Hürde für die Weitergabe der Daten durch den BND an die Strafverfolgungsbehörden vom Kriterium der „tatsächlichen Anhaltspunkte“ auf das Kriterium der „bestimmten Tatsachen“ erhöht. Jetzt geht es um die Entscheidung in der Hauptsache.

Aber was ist die Hauptsache? Jedenfalls nicht die Intention des Gesetzes zum Schutz vor Mißbrauch personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung von 1974 oder des BVerfGE von 1983, des „Volkszählungsurteils“, worauf sich die Beschwerdeführer berufen. Zwar zog dieser BVerfGE eine Reihe von „Volkszählungsberufungsgesetzen“ nach sich, sie hatten aber nirgendwo eine Beschränkung der geheimpolizeilichen Tätigkeit zur Folge, sondern erwiesen sich sämtlich als „normreiche Bildung einer Schutzmauer, hinter der sich in unveränderter, ja rechtlich besser ab-

gesicherter Freiheit Informationen erheben, speichern und weitergeben lassen“ (W.-D. Narr), als legitimatorischer Vorhang.

Die Hauptsache

Die Hauptsache betonte Bundeskanzler Schröder, als er am 17. Dezember, dem Tag nach den zwei Verhandlungstagen in Karlsruhe, den neuen Präsidenten des BND (PrBND), Dr. August Hanning, in sein Amt einführte.

Daß Hanning zu jener jungen Mannschaft von Volljuristen, Vollphysikern und Vollaragronomen aus der informellen Querschnittstruppe der Verwaltung von Bund und Ländern gehört, deren Karriere durch die erfolgreich bestandene Plutonium-Kabale von München im Jahr 1994 so richtig in Schwung gekommen zu sein scheint, ist in diesem Zusammenhang keine Nebensache. Hanning avancierte vom Referatsleiter (RefL) in der Geheimdienstabteilung 6 des Bundeskanzleramtes während der Plutoniumaffäre unter Kohl zum Leiter (AL) dieser Abteilung in der Nachfolge des Prof. Dr. Dr. Dolzer, der wie der vormalige sozialdemokratische PrBND Konrad Porzner als ebenfalls nicht Eingeweihter seinen Sessel zur Verfügung gestellt hat und wieder lehrt, jetzt zum PrBND.

Der neue Kanzler erwartet vom neuen Präsidenten und dem BND ausdrücklich „höhere Schnelligkeit bei der Krisenberichterstattung, größere Offenheit, höhere Effizienz und mehr Flexibilität“, was als Gegenteil zu Verantwortlichkeit, Prägnanz, Rechtsstaatlichkeit und Akzentreue wohl nicht falsch verstanden ist. Damit auch keine Zweifel bleiben, hat Schröder ausdrücklich betont: Alleiniger Maßstab für die Qualität der Information sei ausschließlich der Bedarf der Bundesregierung, etwa bei der Entsendung deutscher Soldaten in Krisengebiete.

Der Bundeskanzler als zuständiger Ressortminister für den BND und wichtigster Bedarfsträger seiner Ergebnisse nutzte gleich die Gelegenheit, seinem neuen PrBND auch das Auftragsprofil der Behörde, das noch offener, noch effizienter, noch flexibler und ausschließlich am Bedarf der Bundesregierung ausgerichtet sein soll, noch einmal ins Gedächtnis zu rufen. Der Hauptaufgaben seien vier:

- Beobachtung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen (Hanning weiß, wovon Schröder spricht, s.o. zum „Plutonium“-Schmuggel);
- Beobachtung des internationalen Terrorismus, der sektiererisch, manchmal religiös, aber nicht mehr ideologisch ausgerichtet sei;
- Beobachtung der weltweiten Wanderungsbewegungen, die von Geschäftemachern ausgenützt (nicht etwa verursacht) würden, also die Aktivität von Schleuserbanden im Ausland;
- Beobachtung anderer Formen grenzüberschreitender organisierter Kriminalität wie Drogenhandel und Geldwäsche, deren Ergebnisse der BND durchaus den Strafverfolgungsbehörden zugänglich machen solle;

lität wie Drogenhandel und Geldwäsche, deren Ergebnisse der BND durchaus den Strafverfolgungsbehörden zugänglich machen solle;

- wozu Hanning dann einmal die Warnung vor Gefahren der Trägertechnologie für Massenvernichtungswaffen in außer-europäischen Ländern und andermal die Beobachtung staatlich gelenkter Aktionen in der modernen Computertechnik (und damit meint er nicht zuletzt die NSA und darin den amerikanischen Stachel im bundesdeutschen Geheimdienstfleisch, die NSA-Anlage in Bad Aibling) als wichtige Aufgabe für den BND ergänzte,

alles, so wieder Schröder, in engerer Zusammenarbeit mit den anderen europäischen Nachrichtendiensten. Im übrigen solle Hanning seine Ergebnisse getrost an die Strafverfolgungsbehörden weitergeben. Haben sie gezwinkert? Oder war das nur die Rührung, die jedem Festakt eignet. Sie haben gezwinkert.

Konflikte

Wenn es ernstzunehmende Interessenkollisionen gibt, dann im Kompetenzgerangel zwischen den einzelnen Apparaten im System der inneren und äußeren Sicherheit.

Denn der BND-Katalog ist kompatibel mit dem Arbeitsprogramm von Europol:

- Drogenhandel und Geldwäschermittlungen
- Bekämpfung der Verschiebung von Kraftfahrzeugen und LKW-Ladungen
- Bekämpfung des Schmuggels von radioaktiven Substanzen
- Bekämpfung der Schleuserkriminalität und des Menschenhandels,

wobei es gerade auch um den Aufbau einer Datei mit weichen Daten geht, also von Daten ohne unmittelbaren Bezug zur Straftat, die jedoch geeignet sind, Persönlichkeitsprofile, Bewegungsbilder, Verbindungen u.ä. zu erstellen.

Niemand macht dem BND die Aufgaben der Durchsetzung deutscher I&T-Sicherheitsstandards in Europa streitig, ebenso wenig seine Rolle in der weltweiten Konkurrenz mit der NSA. Das BKA reagiert aber sicher eifersüchtig, wenn der Auslandsnachrichtendienst im Bereich der internationalen Verbrechensbekämpfung expandiert. Im Spiel für die Öffentlichkeit spielt das aber keine Rolle.

„Rabta“ als Rechtfertigung

Im Spiel für die Öffentlichkeit wird die Ausweitung der Kompetenzen mit der mißlichen Lage gerechtfertigt, in die die Bundesregierung geraten sei, als der BND wegen der Gesetzeslage tatsächlich daran gehindert gewesen sei, z.B. die Beteiligung deutscher Firmen am Aufbau der Kampfstofffabrik im libyschen Rabta erstens zu ermitteln, und wenn zufällig ermittelt, zweitens dann auch an die Strafverfolgungsbehörden weiterzugeben. Daraus sei dann der Vorwurf des ge-

zielten Wegsehens zur Wahrung der Interessen deutscher Firmen entstanden, so Staatssekretär Schapper vom BMI vor dem Bundesverfassungsgericht. So liest man es seit Jahren in der Standardliteratur.

Zahlenspiele zum Abwiegen

PrBND Hanning und sein Direktor Fechner, ein Pärchen aus der Plutonium-Affäre, spielten selber mit Zahlen, um die „völlig realitätsfernen“ Zahlenspiele der Öffentlichkeit (in Gestalt des Bundesdatenschutzbeauftragten (BDS) Jacob) richtigzustellen, die von 100 000 erfaßten Fernmeldeverbindungen und 4 000 Telefonaten spräche. Dagegen werte der BND von acht Millionen Fernmeldeverbindungen täglich am Ende 20 aus, erzählte Fechner. Hanning wußte es noch präziser darzustellen: Man fange 15 000 Fernmeldeverbindungen pro Tag auf, davon würden etwa 700 an das Suchwortsystem weitergeleitet, bei lediglich 70 von ihnen werde ein Suchwort getroffen, bei deren Überprüfung dann 20 als strafrechtlich bedeutsam eingestuft und an die Strafverfolgungsbehörden weitergegeben würden.

So kann der Ablauf beiläufig nicht sein, es sei denn, Hanning kann erläutern, nach welchen Kriterien die 15 000 ausgewählt, nach welchen Kriterien dann die 700 an das Suchwortsystem weitergeleitet werden und was das Suchwortsystem dann noch soll und kann. Schlüssiger ist es allemal, das Suchwortsystem, den Scanner im Äther, am Anfang der Sammlung und Auswertung zu verorten, als „Staubsauger“ eben oder besser als Raster.

Die geringe Zahl derer, die am Ende im Raster bleiben, beklagte Hermann vom BND, der im übrigen von 22 Weiterleitungen an das Zollkriminalamt (ZKA) sprach, aber als Ergebnis der restriktiven Auflagen des BVerfSchg.

Eine Überwachung von Telefonaten finde z.Z. überhaupt nicht statt, so Hanning. Sie beschränke sich auf Telex und Telefax, stehe aber vor der Ausweitung auf das E-mail-System

Die Argumente der Kritiker

Der BDS Jacobs rügte die tendenzielle Durchbrechung des Trennungsgebotes von Polizei und Geheimdiensten und wandte sich gegen das Recht des BND, alleine darüber zu entscheiden, welche der so gewonnenen Informationen an die Behörden der Strafverfolgung weiterzugeben sei, und forderte eine unabhängige Einrichtung zur Entscheidung über die Weitergabe der Informationen, mindestens aber zu ihrer Kontrolle. Weiter hält er es für nötig, die Weitergabe an strengere Voraussetzungen zu binden, und begrüßte zunächst die o.a. Anordnung des BVerfSchG. Der Hamburgische Datenschutzbeauftragte forderte darüber hinaus die Trennung der sachbezogenen Informationen von den personenbezogenen Informationen, also die Anony-

misierung der Daten.

Klägervertreter Eisenberg möchte die Ausweitung der Überwachungsbefugnisse des BND ersetzt sehen durch eine Verschärfung der Exportkontrollen.

Die Datenschützer kritisierten außerdem die Ausgestaltung der Mitteilungspflicht der Behörde und die unzureichenden Auflagen zur Datenvernichtung (Überschreiben statt chemischer Verfahren, was Reaktivierung ermöglicht).

Jacob war es, der auf die durch die Kompetenzzuweisung an den BND gegebene polizeiliche Möglichkeit der verdachtsunabhängigen Ausforschung der Kommunikationswege aufmerksam machte. Daß dies nicht unbedingt ein Hirngespinnst sein muß, zeigt die Polizeitaktik des „Sicherheitsschleiers“ ebenso wie die gerade gesetzlich gewordene verdachtsunabhängige Personenkontrolle durch den BGS.

Die Vertreter des BND und der Bevollmächtigte der Bundesregierung hatten es leicht, die Untauglichkeit und mangelnde Schlüssigkeit der Gegenvorschläge im gemeinten Sinne aufzuzeigen, wenn sie etwa darlegten, daß die Anonymisierung der Daten z.B. im Bereich der Dual-use-Güter jeden Informationswert zunichte mache oder daß die Zwischenschaltung eines unabhängigen Gremiums zwischen BND und Strafverfolgungsbehörden die kritisierte Grundrechtsverletzung noch einmal vertiefe durch Erweiterung des beteiligten Personenkreises.

Spektakel

Natürlich gab es einen Geheimnisverrat. Der Bevollmächtigte des G-10-Kontrollgremiums outete im Auftrag seiner Ministerin der Justiz den Anteil der definierten Gefahrenzone an der Staatengemeinschaft: Zwei Drittel aller Staaten der Erde seien vom BND als überwachungsbedürftig eingestuft. Raunen im Saal. Der nüchterne Beobachter der Interessenartikulation deutscher Eliten fragt allerdings: Das ist Sache des BMVg. Kann Herta nicht mit Rudolf reden? Und – welche Staaten bilden das letzte Drittel, und warum werden die nicht überwacht?

Schluß

Wer dem BND unter Berufung auf den Zusammenbruch der Staaten des realen Sozialismus die Existenzberechtigung abspricht, ist der Legende von der Bedrohung einer friedfertigen Gesellschaft durch den aggressiven Sozialismus aufgesessen. Wer die weltweite Zunahme der Konflikte, den Anspruch der Bundesrepublik auf weltweite Interventionen und die Rückkehr der Kriege und Bürgerkriege sogar nach Europa wahrnimmt, kann in dem Angriff auf die Ausweitung der strategischen Kontrollkompetenzen des BND mit Argumenten der informationellen Selbstbestimmung vor dem Bundesverfassungsgericht nur einen Angriff mit Spatzen auf Kanonen sehen. Hans-Peter Bordien ist Redaktionsmitglied der Zeitschrift Geheim.

3.–5.1999 in Friedrichroda

Linke Winterschule

der ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung, Arbeitsgemeinschaft in und bei der PDS

AG Geschichte

Soziale Rechte und Menschenrechte in deutschen Verfassungen von 1848 bis zur Gegenwart

(Änderung gegenüber der Ankündigung im ArGe-Rundbrief!)

• **Sonntag:** Die 48iger und die Grundrechte. Prof. Dr. Detlef Joseph, der einen Artikel unter diesem Titel in den „Pankower Heften“ Nr. 12 veröffentlichte, wird bei der Diskussion anwesend sein.

• **Montag:** Dr. Roland Hahnemann, Abgeordneter der PDS im Thüringer Landtag und Vizepräsident des Landtags, diskutiert mit uns über die Entstehung der Thüringer Landesverfassung und den Entwurf der PDS-Fraktion. Dazu liegt eine umfangreiche Synopse vor.

• **Dienstag:** Die Entstehungsgeschichte des Grundgesetzes der BRD unter Berücksichtigung der Länderverfassungen. Mit einem Referat von Sandra Steck. *Literaturvorschläge:*

Prof. Dr. Engel, *Vom Zweiten Demokratienkongreß 1848 zum „Dritten Demokratienkongreß“ im Oktober 1998*, in Utopie – kreativ Heft 93/1998, S. 5-15

Gerhard Becker, *Die soziale Frage auf dem 2. Demokratischen Kongreß 1848*, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 1967, H2, S. 200ff.

ders., Die Beschlüsse des 2. Demokratienkongresses 1848, in: ebd. 1973, S. 328 (Die Artikel aus den Pankower Heften und aus Utopie-kreativ werden bei Anmeldung verschickt.)

AG Wirtschaft

• **Sonntag:** Zum System Lafontaine. Wachstum durch Geldpolitik? Umverteilung nach Wachstum? Einleitungsvortrag und Erörterung aktueller Texte aus der Regierungspolitik.

• **Montag:** Können alternative Wirtschaftsformen in der vorgefundenen kapitalistischen Struktur bestehen? Bildung der Durchschnittsprofite, Beeinflussung durch die Politik. Hinweise bei Marx, das Kapital. Einleitungsvortrag und Textauszüge, aktuelle Texte v.a. „Aufbau Ost“.

• **Dienstag:** Sichtung und Auswahl von Quellentexten zu den gängigen Theorien der Preisbildung. Konzeption eines Quellsen- und Arbeitsheftes zu diesem Problemkreis.

AG Philosophie

Emanzipation, Arbeitsorganisation und Eigentum

Jugendherberge „R. Breitscheid“, 99894 Friedrichroda, Waldstr. 25

Anmeldung: GNN HH, 040 / 43 18 88 21

Der ‚VIP‘ hat das Image eines seriösen Partners

Wir veröffentlichten vor einigen Ausgaben den Bericht eines Betroffenen, der veranschaulichte, wie umfassend die BRD die Diplomaten der früheren DDR ausgrenzt und ihre berufliche Existenz vernichtete. Auch die Tätigkeit des Verbandes für internationale Politik und Völkerrecht e.V., in dem sich viele dieser Diplomaten organisiert haben, wird in der Öffentlichkeit weitgehend totgeschwiegen. Um diese Zensur durch die großen Zeitungsverlage zu durchbrechen, dokumentieren wir den Bericht eines Mitglieds über die letzte Jahresversammlung des Verbandes. Wir hoffen, zukünftig auch einmal über die Projekte der im Bericht genannten Arbeitskreise berichten und uns mit ihnen auseinandersetzen zu können. scc

von Franz-Karl Hitze

Seit nunmehr acht Jahren ist in Berlin der Verband für Internationale Politik und Völkerrecht e.V. (VIP) präsent. Die Mitglieder des Verbandes sind Ex-DDR-Diplomaten, pensionierte Diplomaten des Auswärtigen Amtes der BRD, die sich in Berlin niedergelassen haben, und Wissenschaftler. VIP hat 300 qualifizierte und in der Politik und dem Völkerrecht erfahrene Mitglieder. Alle von ihnen, ob aus Ost oder West, verfügen über überreichliche Sach- und Fachkenntnisse auf dem Gebiet der internationalen Politik und über eine beachtliche Lebenserfahrung.

In der zweiten Dezemberwoche zog der VIP-Vorstand – wie jedes Jahr – Bilanz über die Aktivitäten im Jahr 1998. Der Präsident des Verbandes, Prof. Dr. Siegfried Bock, stellte fest, daß der bevorstehende Umzug der Regierung und des Parlaments und im Gefolge dessen vieler Verbände, Vereinigungen, wissenschaftlicher Einrichtungen vom Rhein an die Spree die Wirkungsmöglichkeiten des Verbandes beeinflussen wird. Damit wird das Wirkungs- und Kontaktfeld des VIP objektiv erweitert. „Wir gehören sozusagen zu den Alteingesessenen, die sich nicht wie die meist widerwillig zugezogenen Neuberliner erst zurechtfinden müssen“, konstatierte Prof. Bock selbstbewußt.

Dieses Selbstbewußtsein wird durch die beachtliche Bilanz gesellschaftlicher Aktivitäten des VIP 1998 untermauert. Da wären zum ersten die Verbindungen des Verbandes zu gleichgelagerten Verbänden und Vereinen, zu Stiftungen, Bildungs- und Forschungseinrichtungen sowie zu Vertretern fast aller politischen Parteien der BRD zu nennen. Sie wurden wie in der Vergangenheit weiter ausgebaut. Das Image des VIP als eines seriösen Partners in aktuellen und histori-

schen internationalen und völkerrechtlichen Fragen konnte beachtlich gestärkt werden. Viele Wissenschaftlicher und Politiker erhielten im Veranstaltungsprogramm des VIP die Möglichkeit für Vorträge und Diskussionen vor einem sachkundigen Publikum. Ausländische Botschafter, wie der Leiter des japanischen Generalkonsulates in Berlin, Herrn Teruyosni Inagawa, informierte über die Politik seines Landes. Der schwedische Gesandte wird im Januar folgen. Der Vorstand des VIP unterhält neben Berliner Einrichtungen wie der Europäischen Akademie und dem „Deutschen Komitee für europäische Sicherheit“ Arbeitsbeziehungen zu entsprechenden Forschungs-Instituten in Hamburg, Eindhoven, Köln, Wien, u.a..

Die zweite Visitenkarte des VIP und seiner gewachsenen Akzeptanz sind seine öffentlichen Veranstaltungen. Der Präsident der Parlamentarischen Versammlung der NATO Carsten Voigt und der Ministerpräsident a.D. Dr. Lothar de Maizière gaben Gelegenheit zum Meinungsaustausch über Rolle und Politik des vereinigten Deutschlands und die damit zusammenhängende Problematik. Inzwischen gibt es Bereitschaftserklärungen von führenden Politikern aller Parteien und von Wissenschaftlern, in öffentlichen Veranstaltungen des VIP aufzutreten. Der Vorstand hat somit die Möglichkeit der Auswahl, bei gleichzeitiger Respektierung von Wünschen der jeweiligen Referenten. So wurde z.B. dem Wunsch von Alt-Bundespräsident Richard von Weizsäcker entsprochen, in einem Kreis von etwa 20 bis 25 Ex-DDR-Diplomaten aufzutreten. Danach äußerte sich Herr von Weizsäcker, daß die zweieinhalbstündige Begegnung „in einer für mich interessanten Weise verlaufen ist“. Die Teilnehmer konnten diese Einschätzung nur bestätigen. Daß der Verband für Internationale Politik und Völkerrecht e.V. zu einem Ort offener, objektiver und kritischer Diskussion wurde, belegt die Tatsache, daß über 1 000 Teilnehmer an den Veranstaltungen gezählt werden konnten.

Die dritte Säule für die Arbeit des Verbandes sind seine Arbeitsgruppen und Arbeitskreise. In meist vier- bis sechswöchigen Abständen wird hier über die „Geschichte der Außenpolitik der DDR“ von Zeitzeugen diskutiert. Inzwischen liegt ein umfangreiches schriftliches – nicht unumstrittenes – Material vor, an dem schon junge Wissenschaftler ernsthaftes Interesse zeigten. Dieses Forum ist für eine objektive Geschichtsdarstellung von unschätzbarem Wert. Jedenfalls von größerem Wert als die von jenen Wissenschaftlern, die noch immer in den Schützengräben des kalten Krieges sitzen.

In der Arbeitsgruppe „Deutsche Außenpolitik“ werden aktuelle Themen zu Grundfragen deutscher Außenpolitik, Probleme der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU und der NATO, des deutsch-französischen oder deutsch-

italienischen Verhältnisses, sowie internationale Aspekte des Dayton-Abkommens und des Kosovo-Konfliktes diskutiert. Damit bereiten die Mitglieder dieser Arbeitsgruppe und ihre Gäste aus anderen Vereinigungen sowohl monatlich stattfindende Clubveranstaltungen als auch Publikationen ihrer Mitglieder vor. Ähnliche Aufgaben stellt sich die AG „UNO/Völkerrecht“, die sich in den letzten Monaten vor allem dem 25. Jahrestag der UNO-Aufnahme der beiden deutschen Staaten widmete. In Zusammenarbeit mit der „Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen“ wurden Veranstaltungen durchgeführt und einige Publikationen vorbereitet.

Der Arbeitskreis „GUS“ debattierte die innenpolitische und wirtschaftliche Situation in Rußland, die russische Sicherheitspolitik (gemeinsam mit der AG „Deutsche Außenpolitik“), die Parlamentswahlen in der Ukraine und die USA-Politik gegenüber den GUS-Ländern. In der Vergangenheit wurden solche Forschungsergebnisse in Workshops unter Beteiligung anderer Institutionen und Vertretern ausländischer Botschaften (einschl. der USA-Botschaft) der Öffentlichkeit unterbreitet.

Fragen des Rentenrechts und soziale Fragen stehen im Mittelpunkt der Arbeit einer speziellen Arbeitsgruppe, in der sich vor allem Ex-DDR-Diplomaten beraten lassen können.

Der vierte Schwerpunkt (quasi eine Visitenkarte im Golddruck) in der Arbeit des Verbandes sind spezielle Forschungsobjekte. Drei Themen werden für eine renommierte Stiftung bearbeitet, die auch die Finanzierung der personengebundenen Forschungsvorhaben übernommen hat.

Die Arbeit des VIP ist bereits über die Grenzen der deutschen Hauptstadt hinaus anerkannt. Bedauerlich ist, daß die Medien über diese Aktivitäten des Verbandes fast überhaupt nicht berichten.

Damit muß der Verband leben. Es wird für ihn aber auch in Zukunft nicht leichter, denn mit dem Umzug der rot-grünen Koalitionsregierung und anderer gesellschaftlicher Organisationen wird es demnächst in Berlin eine Menge Konkurrenz geben. Sie könnte auch kreativ gestaltet werden, wie z.B. mit der „Gesellschaft für Auswärtige Politik“, die ein Interesse daran signalisiert hat. Präsident Bock erklärte nachhaltig die Bereitschaft des VIP dazu.





Besorgt, daß nach der Ablehnung eines neuen, fairen Gerichtsprozesses für Mumia Abu-Jamal erneut der Hinrichtungsbefehl gegen den schwarzen Journalisten unterschrieben wird, haben sich die anwesenden Gruppen auf dem bundesweiten Treffen der in der Mumia-Solidaritätskampagne mitwirkenden Gruppen in Hamburg am Sonnabend, den 19. Dezember 1998 auf eine bundesweiten Demonstration geeinigt.

Hamburg, 20. Februar 1999, 12:00 Uhr

Das Solidaritätsbündnis HH lädt zum Vorbereitungstreffen am Mi. den 13.1.99 in der B5, Brigittenstraße 5, 20359 Hamburg ein.

Keine Unterzeichnung des Hinrichtungsbefehls! • Aufhebung des rassistischen Todesurteils gegen Mumia Abu-Jamal und unverzügliche Freilassung!
• Abschaffung der Todesstrafe!

Winterschule, ARGE-Treffen:

Sonntag, 3. Januar 1999, 14 Uhr bis Dienstag, 5. Januar 1999, Abreise am 6. Januar.

**Ort: Jugendherberge „R. Breitscheid“
in 99894 Friedrichroda, Waldstr. 25**

Themen im ArGe-Rundbrief, Beilage zu PB 25,

16./17. Januar 1999: 6. Bundesparteitag der PDS in Berlin, Neuwahl des Vorstands

16. Januar 1999: 63. Parteitag der CSU in München

23. Januar 1999: F.D.P.-Europatag zur Aufstellung der Bundesliste für die Europawahl, Kongreßzentrum in Frankfurt/M.

23./24. Januar 1999: Europäische Konferenz der Euromarschinitiativen gegen Erwerbslosigkeit in Köln

7. Februar 1999: Landtagswahl Hessen

9. Februar 1999: 100 Tage Prüf-Plakette bundesweite Aktionen der Arbeitslosen-Gruppen zur Bewertung der Taten der Bundesregierung

6./7. März 1999: Bundesparteitag der PDS in Suhl (Thüringen) stellt Liste für die EU-Wahl auf

13./14. März 1999: Frühjahrskonferenz des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften in Köln

23. Mai 1999: Bundesversammlung wählt Bundespräsidenten

28. Mai 1999: 50. Bundesparteitag der F.D.P. in Bremen

4./5. Juni 1999: EU-Rat in Köln. Die Bundesregierung führt dort den Vorsitz. Aktionen der Euromarschbewegung.

6., Juni 1999: Bürgerschaftswahl in Bremen

13. Juni 1999: Europawahlen, Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz, Saarland, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen

18./20. Juni 1999: Weltwirtschaftsgipfel in Köln. Ein bundesweites Bündnis bereitet Protestaktionen vor.

13. Juni 1999: Europawahlen

Juli 1999: Landtagswahl in Brandenburg

12. September: Kommunalwahlen in NRW

19. September: Landtagswahl in Sachsen

September 1999: Wahlen zum Abgeordnetenhaus und den BVen in Berlin

24. Oktober: Kommunalwahlen in Baden-Württemberg

Herbst: Landtagswahlen im Saarland und in Thüringen

ADRESSAUFKLEBER

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Martin Fochler, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030/69 40 10 39, Fax: 030/69 40 10 41.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761/34961

Regionales West und Ost: Jörg Detjen, (West), GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.; Rüdiger Lötzer, (Ost) s.o. „Aktuelles...“. **Regionales West und Ost** wird in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Linke Kommunalpolitik hergestellt.

Aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler, GNN-Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32.

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seiten: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20, Fax: 040 / 43 18 88 21.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.
Druck: GNN Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).

o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).

o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart